

marx21

Gewerkschaftsseminar

16.-18. Febr. 2018 in Berlin



Die revolutionäre Arbeiterschaft muß sich deshalb im Gegensatz zu den Reformisten, die ja im Grunde keine Streiks führen wollen, sehr gründlich mit Kampffragen befassen und aus den Erfahrungen eine Streikstrategie, d.h. eine Streikkunst, herausarbeiten. Das ist um so notwendiger, als die reformistischen Gewerkschaftsführer (...) über die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften, über die Kampfführung, überhaupt keine Theorie besitzen und sich auch gar nicht darum bemühen. In der ganzen reformistischen Gewerkschaftsliteratur ist darüber so gut wie nichts zu finden.

A. Enderle/J. Schreiner/J. Walcher/E. Weckerle
Das rote Gewerkschaftsbuch
Berlin 1932

Anmeldungen bitte an: danielanton.mail@gmail.com.
Bitte teilt uns mit, ob ihr einen Übernachtungsplatz braucht.

Netzwerk marx21 - Gewerkschaftsseminar

Mehringhof
Gneisenaustraße 2A
10961 Berlin-Kreuzberg

16.-18. Febr. 2018

Programm

Freitag 16. Febr.

19:00-21:00

Als die Basis das letzte Mal rebellierte: Die 1970er Jahre als Laboratorium der gewerkschaftlichen Erneuerung

Textgrundlage: t21 Marxismuss & Gewerkschaften, S. 52-60.

Ziel: In den Jahren 1969 bis 1974 gab es einen Aufschwung an Streiks und Klassenkämpfen, der in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig ist. Innerhalb weniger Jahre wuchs die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder rapide. Die 1970er Jahre zeigen, wie kämpferische Ansätze sich aus betrieblichen Kämpfen heraus entwickeln – und auf welche Widerstände und Herausforderungen sie dann treffen.

Referent: Heinz Willemsen

Samstag, 17. Febr.

9:00-9:15 Vorstellungsrunde, Organisatorisches

9.15- 11.00

Erfahrungen mit dem Verhältnis von Basis und Führung im FB 3 von ver.di. Von der Praxis zur Theorie.

Textgrundlage: Volkhard Mosler/Luigi Wolf: „Von Führung und Basis“ in: Theorie 21 Marxismuss & Gewerkschaften, S. 79 – 100.

Ziel: Wir nehmen den Text „Von Basis und Führung“ aus Theorie 21 und überprüfen die theoretischen Aspekte an Hand von Praxisbeispielen. Ziel ist es in einer zentralen Frage, nämlich das Verhältnis von Basis und Führung in Gewerkschaften an Hand einer reflektierten Praxiserfahrung weiterzukommen.

ReferentInnen: theoretischer Überblick (Luigi Wolf, 15-20 min.); 2-3 Praxisbeispiele (Grit, Johanna, Meike oder Julia)

11:00 bis 11:15

Pause: Rauchen und Kaffee

11.15- 12.30

Wie weiter in der Tarifbewegung Entlastung nach dem ver.di-Aktiventreffen?

12:30-14:00 Mittagspause

14:00-15:30 *AG-Schiene*

AG 1 Rückblick auf die Tarifaueinandersetzung im Einzelhandel

Was waren zentrale Konflikte der Tarifaueinandersetzung – wie war die innergewerkschaftliche Diskussion – Vernetzung linker Sekretäre?

Referent/in: Nils Böhlke, Azad Tarhan oder Christian Vasenthien (angefragt)

AG 2 Krankenhauskampagne: die Parteischiene

Aktueller Stand der Dinge in der Partei zu der Frage, wie die DMDS-Kampagne weitergeführt werden soll. Ein Focus (Krankenhaus) statt wie bisher viele. Wie könnte die Kampagnenorientierung der nächsten Jahre aussehen. Was versprechen wir uns davon.

Referent: Jan Latza

15:30 bis 16:00

Pause: Rauchen und Kaffee

16:00- 17:30

Rassismus und Internationalismus in der Arbeiterklasse am Beispiel des Umgangs mit den „Gastarbeitern“ in der Bundesrepublik

Referentin: Nelli Tügel

17:30-17:45

Pause

17:45-19:00

Stand AGR in den Gewerkschaften

Ab 19:30

Gemütlicher Teil: Essen und Trinken in Kneipe

Sonntag 18. Febr.

9:00-10:00

Wie intervenieren wir in die bestehenden gewerkschaftlichen Strukturen der LINKEN (LAG/BAG etc.)

Textgrundlage: Positionspapier von Gew.-KO

Ziel: eine realistische umsetzbare Perspektive für die Intervention in LAG's und BAG's

Referent/in: Gew.-Ko

10:00-10:15

Pause: Rauchen und Kaffee

10:15-11:15

Wie weiter mit der M21 Vernetzung von Gewerkschaftern

- die M21 Veranstaltungen auf MIM

- Wann machen wir das nächste Seminar?

- Wie wollen wir mit den Telefonkonferenzen weitermachen?

11:30 Schluss

Die 1970er Jahre: Laboratorium der gewerkschaftlichen Erneuerung *

Ein Blick in die Geschichte der Klassenkämpfe der 1970er Jahre kann hier helfen. Die spontanen, selbständigen Streiks¹ 1969 und 1973, aber generell die 1970er Jahre bis zur Rückkehr der kapitalistischen Krisenzyklen und, damit einhergehend, der Rückkehr der Massenarbeitslosigkeit (1975, 1982) zeigen, wie kämpferische Ansätze sich aus betrieblichen Kämpfen heraus entwickeln und verallgemeinern können – und auf welche Herausforderungen sie dann stoßen.

Der Aufschwung von Streiks und Klassenkämpfen in den Jahren von 1969 bis 1974 ist in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig.² Der Arbeitskämpfexperte Heiner Dribbusch beschreibt: »Zwischen 1969 und 1976 lassen sich allein im erweiterten Bereich der Metall-, Elektro- und Stahlindustrie 1110 Arbeitsniederlegungen feststellen, was in etwa 80 % aller Streiks entspricht.«³ Innerhalb weniger Jahre wuchs die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder rapide an. Zwischen 1967 und 1974 wächst allein die IG Metall um 28 Prozent. Zentrum der Streikbewegungen in der IG Metall ist der Bezirk Baden-Württemberg. Hier werden auch mit der so genannten Steinkühler-Pause, einer Bandpause von fünf Minuten pro Stunde, erstmals eine qualitative Forderungen aufgestellt und in diesem Bezirk finden auch viele der spontanen Streiks statt. So ist es nicht verwunderlich, dass in dem Bezirk Baden-Württemberg die Mitgliedschaft um 58 Prozent innerhalb von nur 7 Jahren anwächst.⁴ Dabei treten insbesondere diejenigen, die auch die Subjekte der Streiks waren, in die Gewerkschaften ein. Im Streikjahr 1973 konnte die IG Metall mit plus 12,8 Prozent dreimal so viele weibliche Mitglieder dazu gewinnen wie insgesamt, zwischen 1969 und 1974 gewann die IG Metall fast 150.000 (27 %) weibliche Mitglieder hinzu, die ÖTV konnte in ihrem erfolgreichen Streikjahr 1974 31.000 oder 17 Prozent Frauen dazu gewinnen. Insgesamt traten zwischen 1969 und 1974 300.000 Frauen den DGB-Gewerkschaften bei. Einen ähnlich rasanten Zuwachs gab es in diesen Jahren bei den Migrantinnen, die bei den betrieblichen Kämpfen oft in der ersten Reihe standen.⁵ Der Aufschwung von Streiks und Klassenkämpfen in den Jahren 1969 bis 1974 hatte wirtschaftliche und politische Ursachen. Die wirtschaftliche Entwicklung der Jahre war einerseits durch die erste Nachkriegsrezession geprägt (1966/67) und einen sich ab Mitte 1968 anschließenden Konjunkturaufschwung, der bis zum Herbst 1974 andauerte.⁶ Der Wechsel von Rezession und Aufschwung, die Politisierung der Lohnkämpfe durch die Vorgabe staatlicher Lohnleitlinien, insgesamt niedrigere Produktivitätszuwachsraten als in der Nachkriegszeit – all das signalisierte eine Verhärtung und Politisierung der Verteilungskämpfe in diesen Jahren.

* Der Text ist ein Kapitel aus: Wolf, Luigi: Strategien gewerkschaftlicher Erneuerung, in: t21 Marxismus & Gewerkschaften, Frankfurt/Main 2013, S. 31-78, hier S. 52-60.

¹ Zur Begrifflichkeit »spontane Streiks« schrieb Walter Müller-Jentsch richtig: »Wegen des negativen Beigeschmacks des Wortes »wild« wird von Arbeitern und Gewerkschaftern die Bezeichnung »spontane Streiks« bevorzugt. Freilich wissen dabei die meisten, dass spontane Streiks nicht so spontan sind, dass sie keiner Vorbereitung und Absprachen oder Organisation bedürften.« In »Die Spontane Streikbewegung 1973«, Kritisches Jahrbuch '74, S.44

² »Zwischen 1960 und 1989 stieg die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im DGB um ca. 1,5 Millionen, wovon mit ca. 840.000 deutlich mehr als die Hälfte allein auf die IG Metall entfielen. Der entscheidende Wachstumsschub der IG Metall fand in den sieben Jahren zwischen 1967 und 1974 statt.« Dribbusch, Heiner: Organisieren am Konflikt: Zum Verhältnis von Streik und Mitgliederentwicklung in: Dörre, Klaus/Haipeter, Thomas (Hrsg): Gewerkschaftliche Modernisierung, VS-Verlag 2011, S. 248

³ Dribbusch, Heiner: Organisieren am Konflikt, S. 248

⁴ Dribbusch, Heiner: Organisieren am Konflikt, S. 249

⁵ Michael Kittner, Gewerkschaftsjahrbuch 1988, Köln 1988 S, 66 f.

⁶ Im Jahr 1970 wurde mit 0,7 Prozent die niedrigste Arbeitslosigkeit der Geschichte der Bundesrepublik erhoben. Dribbusch, Heiner: Organisieren am Konflikt, S. 248

Politisch war diese Zeit geprägt durch eine allgemein Linksentwicklung infolge der 68er Jugendrevolte, die – obwohl sie zunächst von der Mehrheit isoliert schien – in die Arbeiterjugend (Lehrlingsbewegung)⁷ überschwappte und von dort in die Betriebe und Gewerkschaftsjugend eindrang. Die Linksentwicklung führte 1969 und vor allem 1972 zu Wahlsiegen der SPD unter Willy Brandt und zum Ende der konservativen Hegemonie, symbolisiert in der seit 1949 ununterbrochenen Ära von CDU-Bundeskanzlern. In den 1950er und frühen 1960er Jahren war die Tarifpolitik der deutschen Gewerkschaften außerordentlich erfolgreich gewesen, sie entsprach den Erwartungen der Mitglieder. Ab 1968 gingen Erwartungen von großen Teilen der Mitgliedschaft (»Basis«) und der Politik der Führung streckenweise stark auseinander. Der Grund war, dass die Gewerkschaften unter dem Druck der 1966 erstmals in die Bundesregierung eingetretenen SPD auf ihre »Marktmacht« freiwillig verzichtete. Zuvor hatten die Gewerkschaften 1965 und 1966 den CDU-Kanzler Erhard scharf kritisiert, der angesichts sinkender Profitraten und steigender Lohnstückkosten die Gewerkschaften wiederholt zum »Maßhalten« aufgerufen hatte. Was Erhard nicht gelungen war, nämlich die Lohnkosten zu senken und die Profite wieder zu steigern, gelang der SPD als Regierungspartei. Ihr Wirtschaftsminister Karl Schiller griff zum Instrument staatlich verordneter Lohnleitlinien (»Konzertierte Aktion«), die nicht überschritten werden sollten. Das rechtskeynesianische Programm Schillers bestand aus Lohnabbau zur Stabilisierung der Profite, Senkung der Lohnstückkosten zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und in Staatsaufträgen für die Investitionsgüterindustrie zur Ankurbelung der Binnenkonjunktur. Alle Gewerkschaften des DGB unterwarfen sich Schillers Lohnleitlinien in Höhe von 3 Prozent. Die Gewerkschaften hielten sich auch dann noch an Schillers Lohnleitlinien, als Mitte 1968 ein breiter Konjunkturaufschwung einsetzte.

Als die Stahlarbeiter 1969 den Aufschwung durch Neueinstellungen und Überstunden überall spürten, erkämpften sie höhere Löhne (30 Pfennig pro Stunde) an den Gewerkschaftsführungen vorbei. Der Vorgang wiederholte sich 1972/73, als sich die Gewerkschaften erneut mit niedrigen Lohnabschlüssen und langen Laufzeiten der Tarifverträge den staatlichen Lohnleitlinien unterwarfen. Es kam zu einer zweiten Welle von Streiks, die erneut die von den Gewerkschaften zunächst befolgten Lohnleitlinien durchbrach.

Der Aufschwung von Klassenkämpfen entwickelte sich in zwei Phasen, die beide durch spontane Streiks ausgelöst und angestoßen wurden. Die erste Phase (1969–71) wurde ausgelöst durch spontane Streiks in der Stahlindustrie 1969 (»Septemberstreiks«) – meist getragen von deutschen, besser verdienenden Facharbeitern und organisiert durch Vertrauensleute und linke Betriebsräte.

Die zweite Phase wurde wieder ausgelöst von Streiks in der Stahlindustrie, ergriff aber bald beträchtliche Teile der Automobil- und Elektroindustrie, des Öffentlichen Dienstes, des Bergbaus und weitere. Getragen wurde diese Welle von den unteren Schichten der »Massenarbeiter«⁸ an den Fließbändern der Großserienproduktion (Autos, Fernseher) – von der bürgerlichen Presse wurden die Streiks auch »Ausländerstreiks« genannt, Marxisten sprachen dagegen vom »Aufstand der Angelernten.«⁹ Die Bezeichnung »Ausländerstreiks« hat insofern auch ein Element von Wahrheit, da

⁷ 1969 entstand eine bundesweite Lehrlingsbewegung, die eine breite Schicht der Arbeiterjugend erfasste und die Gewerkschaftsjugend bis in die 70er Jahre hinein radikalisierte. Eine weitere Nahtstelle zwischen Arbeiterbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition waren Migrantengruppen, damals vor allen die spanischen Migranten, die durch die Ereignisse in Spanien – Massenstreiks gegen die Franco Diktatur – hoch politisiert waren.

⁸ Der Begriff wurde in den 60er Jahren von der Strömung der Operaisten in Italien geprägt und bezeichnete die damals sich rasch vermehrende Gruppe von an- und ungelerten Beschäftigten in den Industrien mit Großserienproduktion. Die Massenarbeiter litten unter niedrigen Löhnen bei zugleich großer Entfremdung und Arbeitstempo der Fließbandarbeit.

⁹ Vgl. Volkhard Mosler »Der Aufstand der Angelernten«, Klassenkampf (erste Serie), Oktober 1973

in manchen Bereichen der Massenproduktion der Ausländeranteil damals bei 90 Prozent lag, in der Autozulieferer- und in der Elektroindustrie waren die Streiks beides, weiblich und migrantisch. Die Streiks der 1970er Jahre sind insgesamt durch starkes Selbstbewusstsein und hohe Mobilisierung und Aktivierung der Mitglieder gekennzeichnet. Dieses Selbstbewusstsein kam gerade auch in den spontanen Streiks des Jahres 1973 zum Ausdruck. Im Vergleich zu den Septemberstreiks 1969 waren diese breiter und erfassten vor allem die unteren Schichten der Arbeiterklasse stärker. Die Gewerkschaftsführungen und viele der Betriebsräte verhielten sich ausgesprochen feindselig. In einem Teil der Betriebe (z. B. Stahlindustrie) waren die Vertrauensleutkörper die Organisatoren und das Zentrum des Streiks, in anderen Betrieben, wo die Vertrauensleutkörper noch unter der Kontrolle rechter Betriebsräte standen, kam es zur Bildung von spontan in Massenversammlungen gewählten Streikleitungen (Hella, Pierburg). Die Entstehung solcher neuer Organisationsformen waren Ausdruck davon, dass gerade die »Massenarbeiter« mit ihrem hohen Anteil an Frauen und Ausländern sich mit ihren Interessen in den Betriebsräten und Vertrauenskörpern kaum vertreten sahen.

Die anschwellenden Arbeitskämpfe ließen die offiziellen gewerkschaftlichen Organisationsformen nicht unberührt. In vielen Bereichen der IG Metall, der IG Chemie, der ÖTV entwickelten sich die Vertrauensleute zu eigenständigen, selbstbewusst handelnden Körpern. Vertrauensleute sind die unterste Vertretungsebene der Gewerkschaften in den Betrieben. Die IG Metall (und andere) waren mit der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 aus den Betrieben bedrängt worden, der Organisationsgrad ging kontinuierlich zurück. Dadurch wurde der verstärkte Aufbau und Ausbau von gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörpern neben den Betriebsräten für die Industriegewerkschaften zu Notwendigkeit.¹⁰ Außerdem entwickelten gerade die Betriebsräte der Großbetriebe in den 1950er und 1960 Jahren eigene Machtbastionen durch das Aushandeln von nicht tariflich gesicherten Sozialleistungen und Löhnen. Versuche der IG Metall, die übertariflichen Löhne durch eine »betriebsnahe Tarifpolitik« abzusichern, konnten die Betriebsräte durch ihren bestimmenden Einfluss im Betrieb abwehren.

Auch wurden den Vertrauensleutkörpern wenig Rechte eingeräumt, und so blieben sie meist eher von den Betriebsräten kontrolliert als andersherum.¹¹ Das änderte sich aber vielfach nach den Septemberstreiks 1969. Gerade in dieser Zeit wuchs die Anzahl der Vertrauensleute enorm an, sogar noch schneller als der sowieso rasante Anstieg der Mitgliederzahlen: allein in der IG Metall von 1967 bis 1973 von 88.001 auf 121.595, eine Steigerung um 40 %.¹² Gleichzeitig stieg der Anteil der gewählten statt bloß ernannten Vertrauensleute im Metallbereich zwischen 1967 und 1973 von 72 auf 90 Prozent und der Anteil an Vertrauensleutkörperleitungen, die vom Betriebsratsvorsitzenden oder von einem anderen Betriebsrat geführt wurde, sank beträchtlich.

In einigen der Streiks 1973 (Pierburg¹³) gelang es den »Angelernten« während des Streiks die (deutschen) Facharbeiter für den Streik zu gewinnen. In anderen Fällen – der bekannteste war ein mehrtägiger Streik bei Ford Köln – stellten sich die Betriebsräte offen gegen die Streiks und gingen sogar zusammen mit dem Werkschutz gegen türkische und andere Streikaktivisten vor. Der Vertrauenskörper tagte kein einziges Mal während des Streiks und duldet so das Vorgehen des Betriebsrats. Generell erzwang die organisierte Macht der Vertrauensleute in den Betrieben aber eine Öffnung

¹⁰ Vgl. hierzu Eberhard Schmidt, Die Auseinandersetzung um die Rolle der Vertrauensleute in der IG Metall,, Kritisches Jahrbuch '74, S.130

¹¹ Zoll, Rainer: Partizipation oder Delegation. Gewerkschaftliche Betriebspolitik in Italien und in der Bundesrepublik Deutschland, 227 Seiten, 1981.

¹² Koopmann, Klaus: Vertrauensleute. Arbeiterbewegung im Betrieb, 1981, 165 Seiten. S. 49

¹³ Zu diesem Streik gibt es eine neue Dokumentation: Dieter Braeg [Hg.]: "Wilder Streik -das ist Revolution" Der Streik der Arbeiterinnen bei Pierburg in Neuss 1973, Die Buchmacherei 176 Seiten inklusive DVD 2012

der Organisation nach unten. Zwar reagierten die Gewerkschaftsführungen auf beide Streikwellen widersprüchlich. 1969 duldete die IG Metall-Führung die spontanen Streiks, die IG Bergbau stellte sich offen dagegen, 1973 »griffen die Vorstandmitglieder mit aller Härte ein und versuchten, die Autorität der Gewerkschaftsführung gegenüber den Mitgliedern wiederherzustellen.«¹⁴ Als sich die Streikbewegung im Sommer 1973 auf immer mehr metallverarbeitende Betriebe ausweitete – am Höhepunkt im August streikten 90.000 Arbeiter/innen in 107 Betrieben –, sahen sie sich zu einem Kurwechsel gezwungen: »Die offene Ablehnung wich einer indifferenten Zurückhaltung.« Als die Streiks im September zuletzt auf den öffentlichen Dienst überzuspringen drohten, kündigte der Vorsitzende der ÖTV eine Lohnforderung von nicht unter 15 Prozent für das kommende Jahr an, um so der weiteren Ausdehnung der Streiks die Spitze zu nehmen. Ähnlich kündigten die Vorstände von IG Metall und anderen an, in den jeweils folgenden Tarifrunden selbst in die Offensive zu gehen, sich sozusagen nach unten zu öffnen. So kam es 1970 und 1973/4 zu großen und erfolgreichen Streikbewegungen in der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst mit unvergleichlich hohen Lohnabschlüssen. In der Metallindustrie kam es in Nordwürttemberg unter Bezirksleiter Steinkühler sogar zu einem erfolgreichen Streik für stündliche Kurzpausen von 5 Minuten für die Massentarbeiter mit ihren elenden, Nerven und Körper zermürbenden Arbeitsbedingungen.

Die Vertrauensleute forderten zunehmend die Kontrolle über die Gewerkschaften ein. Dabei sind zwei Tendenzen interessant, wenn es darum geht zu beurteilen, wie eine Aktivierung und Demokratisierung der Gewerkschaften aussehen könnte.

Die eine besteht darin, überbetrieblich lokale Vertrauensleute zu vernetzen, um auf diese Weise regional eine politische und gewerkschaftliche Kultur der Aktivierung und Aneignung der Gewerkschaften voranzutreiben. Dies ist beispielsweise durch einen Zentralen Vertrauensleuteausschuss (ZVA) in Frankfurt geschehen. Dieser existierte von 1971 bis 1975. In dem Ausschuss waren die Vertrauenskörperleitungen aller großen Frankfurter Kommunalbetriebe vom Friedhof über die Müllabfuhr bis zu den Städtischen Bühnen vertreten. Entstanden war der ZVA aus einem spontanen Streik der kommunalen Betriebe 1971 gegen die Kürzung sogenannter Deputatsleistungen, das waren Gratisleistungen städtischer Betriebe für die Beschäftigten und ihre Familien. Der ZVA traf sich monatlich, griff mit eigenen Anträgen in Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen ein, stellte eigene Forderungen für die jährlichen Tarifrunden und mobilisierte zu Aktionen und Demonstration wie den 1. Mai.

Dem (rechten) Kreisvorstand war der (linke) ZVA von Beginn an ein Dorn im Auge, er sah in ihm eine Art Nebenregierung. 1975 löste der Kreisvorstand dann den ZVA in einem Moment auf, als dieser schon stark an Auszehrung litt. Einer der Gründe für die »Auszehrung« – es kamen gerade von den großen Arbeiterbetrieben wie Müllabfuhr oder Gartenamt keine Delegierten mehr zu den Sitzungen – war der Umstand, dass der ZVA immer mehr zu einem Diskussionsforum und auch Aktionszentrum verschiedener politischer Gruppen geworden war, für die der ZVA offen war. Zum Schluss dominierten die politischen Gäste mit ihren Debatten. Der ZVA hatte seine Bedeutung als Organisationspol aktiver Gewerkschafter längst verloren, als der Kreisvorstand ihn schließlich als »satzungswidrig« auflöste.

Die zweite Tendenz im Ringen um eine Demokratisierung bestand darin, sich in einzelnen Branchen und Gewerkschaften zu vernetzen. Hier ist insbesondere die Arbeit der Vertrauensleute in der Stahlindustrie von Bedeutung. Das mit den erfolgreichen Streiks gewachsene Selbstbewusstsein der Vertrauensleutkörper führte tendenziell zu einer Umkehrung des Verhältnisses zwischen Betriebsrat und Vertrauenskörper. Der Sozialwissenschaftler Eberhard Schmidt beschrieb 1974 dieses gewandelte Verhältnis zwischen Betriebsrat, Vertrauensleutkörper und Gewerkschaft für den Me-

¹⁴ Müller-Jentsch, 1974, S.49

tallbereich folgendermaßen: Bis 1964 war es der IG Metall gelungen, Vertrauenskörper in über 4600 Betrieben aufzubauen. Die Betriebsräte seien dennoch »weiterhin der zentrale Bezugspunkt der Gewerkschaften im Betrieb«. In einer Arbeitsanleitung des Hauptvorstandes hieß es, dass der VK »den Betriebsrat ergänzt.«

Die Betriebsräte »stellten und stellen aus der Sicht der Gewerkschaftsführung [...] vor allem den verlängerten Arm der Gewerkschaft und des gewerkschaftlich organisierten Betriebsrates dar.«¹⁵

Die Vertrauensleutkörper haben »die Aufgabe, die Politik der IG Metall im Betrieb zu erläutern und zu vertreten, neue Mitglieder zu werben, die Tarifverträge zu erklären und [...] Probleme an die zuständige Ortsverwaltung oder an den Betriebsrat weiterzugeben.«¹⁶ Aus der Sicht der Gewerkschaftsführung sind Mitgliederwerbung und Sicherung der Loyalität der Mitglieder zentral. Sie sind ein wichtiger Transmissionsriemen der Gewerkschaft in die Belegschaft hinein.

Den Umschlag von passiver Gefolgschaft in aktive Interessenvertretung der Mitglieder gegenüber Betriebsrat und Gewerkschaftsführung sieht Schmidt dadurch verursacht, dass die Vertrauensleute selbst zunehmend unter Druck einer selbstbewussteren Mitgliedschaft geraten sind. Gerade ihre Basisnähe macht sie aber für solchen Druck viel eher empfänglich als die oberen, bürokratisch abgeschotteten gewerkschaftlichen Führungsgremien. Und so kommt Schmidt zu der Einschätzung, dass bis 1974, »eine immer größere Zahl von Vertrauensleuten den Druck, unter den sie geraten sind, nach oben weitergeben und so die auf sozialpartnerschaftliche Kooperation ausgerichtete Politik der Gewerkschaftsspitze gefährden. Die Führung der IG Metall reagierte wiederum darauf mit dem Versuch, den Spielraum der Vertrauensleute [...] einzuschränken.«

Die gewerkschaftspolitischen Auswirkungen waren riesig. So wurden bei den Betriebsratswahlen 1972 nach Angaben des DGB fast die Hälfte aller Betriebsräte erstmalig als neu in den Betriebsrat gewählt, eine solche Erneuerungsquote hatte es bei keiner Betriebsratswahl seit 1949 gegeben. In einer Reihe von Großbetrieben entstanden linke Listen bei den Betriebsratswahlen 1972, die aus dem Stand ein Drittel oder mehr der Sitze erobern konnten. Bei wichtigen Urabstimmungen über Tarifvereinbarungen (z. B. Stahlindustrie) empfahlen Vertrauenskörper ihren Belegschaften mit Nein abzustimmen, obwohl die Gewerkschaftsführung eine Annahme gefordert hatte.

1972 tauchte das Protokoll eines Geheimtreffens von IG Metall-Arbeitsdirektoren und Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmerseite der Stahlindustrie auf, in dem diese sich beim Vorstand beschwerten, dass Vertrauensleute »sich anmaßen, sie kontrollieren zu wollen und von ihnen bestimmte Informationen aus Ausschusssitzungen einforderten«.

In den folgenden Jahren bildeten sich in mehreren großen Stahlbetrieben (Hoesch, Mannesmann, Thyssen, Klöckner) kämpferische Vertrauenskörper heraus, aus deren Reihen schließlich die Forderung nach der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich in die Gewerkschaften hinein getragen und erstmals auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall 1977 mehrheitlich als Forderung verabschiedet wurde – gegen die Empfehlung des Hauptvorstandes. Das war ein bis dahin und auch heute wieder undenkbarer Vorgang. Er signalisierte den partiellen Bruch der Gewerkschaften mit der Politik der Sozialpartnerschaft.

Auf dem gleichen Gewerkschaftstag musste der Vorstand noch eine Abstimmungsniederlage einstecken. Der Antrag betraf die Rechte der Vertrauensleute in den Großkonzernen. In diesen sollten sich die gewerkschaftlichen Vertrauensleute mehrmals im Jahr zu überregionalen Tagungen mit den

¹⁵ Eberhard Schmidt, ». 130

¹⁶ S.131

Betriebsräten treffen können, um ihre gegen die Arbeitgeber gerichteten Aktionen besser zu koordinieren.¹⁷

Während des sechswöchigen Stahlstreiks von 1978/79 um die Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich schlossen sich einflussreiche Vertrauensleute von Hoesch, Mannesmann und Thyssen zur einer »Arbeitsgemeinschaft Ruhr« zusammen, die auch die Zeitung »Revier« herausgab. »Revier – Zeitung für das Ruhrgebiet« war 1978 von einer Gruppe von Sozialisten herausgegeben worden und diente dem Kern der linken Vertrauensleute als eine politische Plattform. Die antikapitalistische Politisierung einer Minderheit von Vertrauensleuten war wiederum eine wichtige Voraussetzung für ihr entschlossenes und koordiniertes Eintreten für weitergehende Forderungen und Streiktaktiken.

Der organisatorische und intellektuelle Kopf der sich radikalisierenden Vertrauensleutebewegung war Herbert Knapp, ein Marxist in der politischen Tradition von Karl Korsch und seit 1964 Betriebsratsvorsitzender des Stahlwerks Mannesmann-Huckingen (Duisburg). Knapp organisierte über ein Jahrzehnt interne politische Schulungen für Vertrauensleute in seinem Betrieb und arbeitete eng mit der Revier-Gruppe zusammen. 1980 trat er von allen Ämtern zurück und verließ die IG Metall, nachdem der Hauptvorstand über Monate eine Kampagne und schließlich ein Ausschlussverfahren gegen ihn eingeleitet hatte. Sein Rücktritt führte wiederum zur Demoralisierung seiner Anhänger. Knapps politischer Einfluss ist ein Beispiel für die Bedeutung des »subjektiven Faktors« – einzelne Persönlichkeiten und noch mehr Netzwerke von Sozialisten können unter bestimmten Bedingungen über Sieg oder Niederlage, Aufschwung oder Niedergang entscheiden.

Der gewerkschaftspolitische Bedeutungszuwachs der Vertrauensleutkörper beschränkte sich nicht auf die Stahlwerke des Ruhrgebiets, er lässt sich auch in Teilen der Großchemie, der Automobilindustrie und der Werften nachweisen. 1979 fasste DER SPIEGEL in einem Bericht »Front im Betrieb« diese Entwicklung zusammen: »Seit sich die Tarifkonflikte verschärft haben, gewinnen die IG-Metall-Vertrauensleute immer mehr innergewerkschaftliche Macht.«

Von Führung und Basis*

Schon Marx und Engels analysierten Wesen und Struktur der Gewerkschaften. Seitdem haben marxistische Theoretiker sich immer wieder der Frage gewidmet. Volkhard Mosler und Luigi Wolf geben einen Überblick über aktuelle marxistische Ansätze

Jede Diskussion um gewerkschaftliche Strategien und Alternativen bringt immer wieder zwei entgegengesetzte Positionen hervor: Die erste Position, die wir »Verratstheorie« nennen wollen, sieht vor allem eine kämpferische Basis, die von einer konservativen bzw. bürokratischen, stellvertreterischen Führung ausgebremst wird. Sie erfreut sich großer Beliebtheit unter Resten der radikalen Linken aus den 1970er Jahren. Die zweite, die wir »Fatalismus« nennen wollen, malt umgekehrt ein Bild, das sich unter Gewerkschaftsfunktionären größter Beliebtheit erfreut: Eine kampfbereite, engagierte Führung »würde gerne«, aber die passive, apathische, unpolitische Basis lässt sich nicht mobilisieren.

¹⁷ Der Spiegel, Nr. 41/1977. Im Vorspann des Artikels über den Gewerkschaftstag der IG Metall hieß es: »Gewerkschaftschef Loderer hat Ärger mit der Basis. Seit dem Düsseldorfer IG-Metall-Kongress dringen Vertreter der harten Linie nach vorn«

* aus: t21 Marxismus & Gewerkschaften, Frankfurt/Main 2013, S. 31-78 t21 Marxismus & Gewerkschaften, Frankfurt/Main 2013, S. 79-100.

Aus unserer Sicht beinhalten beide Positionen ein falsches, unhistorisches Verständnis von Führung und Basis. Historische Wandlungen und Wechselbeziehungen gehen in der Gegenüberstellung unter. Hier wollen wir ansetzen und im Folgenden versuchen, das Verhältnis zwischen Basis und Führung heute zu bestimmen. Ebenso wollen wir die Rolle von Gewerkschaften in der Gesellschaft in ihrer jeweiligen Epoche erörtern und schlagen hierfür drei Analyseebenen vor:

Erstens wollen wir die ökonomischen Rahmenbedingungen berücksichtigen und wie diese sich auf die Gewerkschaften auswirken. Dabei geht es darum, wie Konjunkturzyklen mit ihren Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte die Organisations- und Kampffähigkeit von Gewerkschaften beeinflussen. Darin ist aber auch inbegriffen, wie Veränderungen in der Sozialstruktur die potenzielle Macht von Teilen von Arbeitergruppen positiv wie negativ verändern können.

Zweitens wollen wir aber anknüpfen an eine marxistische Theorie, die auf Gewerkschaften selbst eine materialistische Analyse anwendet und versucht, ihre Position im entwickelten Kapitalismus zu verorten. Hierzu erscheint uns eine Theorie, die die Bürokratisierung der Gewerkschaften und die damit einhergehende Entwicklung einer Schicht hauptamtlicher Funktionäre zu ihrem Ausgang nimmt, gewinnbringend. Im deutschen Kontext kann dieser analytische Ansatz nur unter Einbeziehung der Besonderheit des dualen Systems von Interessenvertretung, also der Rolle der Betriebsräte und des hauptamtlichen Gewerkschaftsapparates, sinnvoll angewandt werden.

Drittens gehen wir davon aus, dass sich die Geschichte der Arbeiterbewegung und hier der Gewerkschaften nicht ohne den Rückgriff auf einen »subjektiven Faktor« verstehen lässt. Wenn Marx sagt, dass »die Menschen ihre Geschichte machen«, wenn auch unter »vorgefundenen, gegebenen Umständen«, dann warnt er uns vor linksradikalem Voluntarismus (alles ist machbar, wenn nur der Wille stark genug ist) und zugleich vor einem opportunistischen Fatalismus/Determinismus oder auch Abwartlertum (Geschichte als Abfolge von zwangsläufigen Ereignissen). In den theoretischen Erklärungen des Niedergangs der deutschen Gewerkschaften seit den 1980er Jahren sehen wir häufig ein Übermaß an »objektiven Faktoren«, die es sicher gab und die auch sehr mächtig waren. Aber wenn Menschen ihre Geschichte selbst machen, dann gibt es immer auch Alternativen, Spielräume, Möglichkeiten und Umstände, die anders zu deuten sind, und Entscheidungen, die so oder anders zu treffen waren und sind. Insofern wollen wir versuchen, eine marxistische Position zu entwickeln, die nicht einseitig deterministisch vorgeht und die Handlungen der Gewerkschaften einfach aus den objektiven Umständen – sogenannten Sachzwängen – oder einem »ehernen Gesetz der Oligarchie« oder Bürokratie ableitet.¹⁸

Krisenentwicklung, Arbeitermacht und Selbstbewusstsein der Arbeiterklasse

Es ist ein Klischee, dass Marxisten Klassenkämpfe und Streiks bis hin zu Revolutionen immer als direktes Resultat aus Krisen des Kapitalismus erwarten. Und in der Tat gab es im Gefolge der aktuellen, bislang größten Krise des Kapitalismus nach 1929 viele Marxisten, die einen Aufschwung von sozialen Kämpfen in Europa erwartet hatten. Dabei können sie sich zwar auf Marx' Analyse eines direkten Zusammenhangs zwischen den revolutionären Kämpfen von 1848 und der ökonomischen Krise von 1847 stützen.¹⁹ Aber soziale Kämpfe können nicht einfach unmittelbar aus den ökonomi-

¹⁸ Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Leipzig 1925. Darin argumentiert Michels, dass jede Großorganisation mit zwingender Notwendigkeit zum Konservativismus und zur Verselbständigung von den Interessen ihrer Mitgliedschaft führen muss.

¹⁹ »Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krise. Sie ist aber ebenso sicher wie diese.« (MEW 7:44) Engels selbst hat später zugegeben, dass diese Prophezeiungen von Marx und ihm nicht eingetreten seien. Und Trotzki weist darauf hin, dass die wahre Ursache der 48er bürgerlichen Revolution nicht die Krise von 1847, sondern der Drang des jungen Kapitalismus gewesen sei, der gegen die feudalistischen Ständestrukturen anstieß und gegen sie kämpfte. Die Revolution habe mit den Überbleibseln der Leibeigenschaft ziemlich aufgeräumt und »dadurch dem Kapitalismus neue Möglichkeiten der Entwicklung gegeben.« Die Krise sei nur der »letzte Anstoß der Revolution«, und »die Hochkon-

schen Verhältnissen abgeleitet werden. Der Zusammenhang von Krisen und Klassenkämpfen ist komplexer. Wir gehen davon aus, dass ökonomische Krisen Klassenkämpfe hervorbringen können, aber nicht zwangsweise müssen. Eine gute Annäherung an das Verhältnis von Krisen, ökonomischen Rahmenbedingungen und Klassenkämpfen gibt der russische Marxist Leo Trotzki:

Die politischen Auswirkungen einer Krise (nicht nur die Reichweite und Tiefe ihrer Wirkung, sondern auch ihre Richtung) sind durch die Gesamtheit einer bestehenden politischen Situation bestimmt und durch die Ereignisse, die der Krise vorausgingen und sie begleiten, insbesondere aber die Kämpfe, Erfolge und Niederlagen der Arbeiterklasse selbst vor der Krise. Unter bestimmten historischen Bedingungen kann eine Krise den revolutionären Taten der Arbeiterklasse einen mächtigen Anstoß bringen, unter anderen dagegen zu einer vollständigen Lähmung der Offensive des Proletariats führen. Und falls die Krise zu lang andauern sollte, die Arbeiter zu große Verluste hinnehmen müssen, könnte dies nicht nur die Angriffsfähigkeit des Proletariats extrem schwächen, sondern darüber hinaus ihre Abwehrkräfte. [...] In allen kapitalistischen Ländern erreichte die Arbeiterbewegung nach dem Krieg [1914–18] ihren Höhepunkt und verlief sich dann [...] in einer mehr oder weniger ausgeprägten Phase der Niederlagen und des Rückzugs und in der Aufsplitterung der Arbeiterklasse selbst. Unter solchen politischen und psychologischen Bedingungen kann eine lang anhaltende Krise, auch wenn sie die Verbitterung der Arbeitermassen ohne Zweifel erhöhen würde (insbesondere unter den Arbeitslosen und Halbarbeitslosen), trotzdem gleichzeitig ihren Aktionswillen schwächen, weil dieser auf das Engste mit dem Bewusstsein der Arbeiter als unersetzliche Kraft in der Produktion verbunden ist.²⁰

Trotzki stellt hier eine Verbindung zwischen den ökonomischen Rahmenbedingungen, der Krise und dem Selbstbewusstsein der jeweiligen Arbeiterklasse her. Dieses wiederum ist von vergangenen Kämpfen und einer Reihe wichtiger Rahmenbedingungen geprägt.²¹

Einen weiteren Hinweis, wie das Verhältnis von Klassenkämpfen und ökonomischer Struktur bzw. Rahmenbedingungen sich gestaltet, liefert Beverly Silver in ihrer Großstudie über Arbeiterunruhen (labor unrest) und Globalisierung in den letzten 150 Jahren.²² Sie stellt fest, dass es zwei ökonomisch-strukturelle Quellen von Arbeitermacht gibt, die sich im Laufe ihrer Untersuchung als wesentliche Faktoren erweisen, Konflikte zu befördern. Beide fasst sie unter dem Begriff »struktureller Macht« zusammen.²³ Die eine Form dieser Macht besteht in der »Marktmacht« von Teilen oder der

junktur der letzte Anstoß für das Ende der Revolution, nachdem diese Revolution die wichtigste unmittelbare Aufgabe, das Hinwegfegen des Zunftwesens usw., vollbracht hatte.« (Zitiert nach: Protokoll des III. Weltkongresses der Komintern, Hamburg 1921, Reprint, Bd.1, S. 71).

²⁰ L. Trotzki, Artikel in der Prawda, Dezember 1921, zitiert und übersetzt aus dem Englischen nach »The First Five Years of the Communist International, New York 1972, Bd. 2, S76f.

²¹ Dies ist eine sehr plausible Erklärung dafür, warum die Weltwirtschaftskrise mit ihren großen sozialen Verwerfungen zunächst in keinem Land zu einem Aufschwung von Klassenkämpfen geführt hat. Trotzki verallgemeinert ganz richtig eine gewisse Gesetzmäßigkeit der Kampfzyklen, die nicht parallel zu den Konjunkturzyklen verlaufen. Nicht die Verschärfung einer Krise führe zum Aufschwung der Kämpfe. Stattdessen erwartet er vor allem von der Erholung, die einer Krise folgt, eine Steigerung des Selbstbewusstseins der Arbeiterklasse: »Die Statistik stellt Konjunkturschwankungen mit unvermeidlicher Verspätung fest. Die Belebung muss zu einem Faktum geworden sein, ehe man sie registrieren kann. Die Arbeiter spüren gewöhnlich den Konjunkturwechsel eher als Statistiker. Neue Aufträge oder selbst die Erwartung neuer Aufträge, Umstellung der Unternehmen auf Erweiterung der Produktion oder wenigstens Unterbrechung der Entlassungen steigern unverzüglich die Widerstandskraft und die Ansprüche der Arbeiter« (L. Trotzki. Gesammelte Werke, Bd.1, Frankfurt/M. 1971, S.395 f.)

²² Silver, Beverly: Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870. Assoziation A Berlin 2003.

²³ Diese Definition geht auf Erik Olin Wright zurück. Dieser unterscheidet Organisationsmacht (»associational power«), »die aus der Bildung kollektiver Arbeiterorganisationen entsteht«, und eben: »Strukturelle Macht' (»structural power«), dagegen ist die Macht, die Arbeitern 'einfach aus ihrer Stellung (...)im ökonomischen System erwächst.« Silver S.30

gesamten Arbeiterklasse, die sich entweder aus allgemeinem Arbeitskräftemangel wegen einer Hochkonjunktur oder aus speziellen Qualifikationen eines Teils der Arbeiterklasse ergibt.

Eine zweite Quelle struktureller Macht, die Beverly Silver »Produktionsmacht« nennt, ergibt sich aus der Art, wie Gruppen von Arbeitern ihre Stellung in einem hoch integrierten Produktionsprozess nutzen können: »Produktionsmacht dagegen entwickeln Arbeiterinnen und Arbeiter in hochintegrierten Produktionsprozessen, die durch örtlich begrenzte Arbeitsniederlegungen an Schlüsselstellen in einem Umfang gestört werden können, der weit über die Arbeitsniederlegung selbst hinausgeht. Diese Macht zeigt sich, wenn ganze Fließbänder durch Arbeitsniederlegungen gestoppt und ganze Konzerne, die von just-in-time-Zulieferung abhängen, durch Eisenbahnstreiks zum Stillstand gebracht werden.«²⁴ Silver weist nach, dass von den Automobilarbeitern in jedem Land, in dem sich die Automobilindustrie ansiedelte, früher oder später Arbeiterunruhen ausgingen. Das Fertigungsband, das von einer Minderheit von Arbeitern unterbrochen werden kann, um Fabriken stillzulegen und (weltweite) Fertigungsketten zu unterbrechen, steht hier idealtypisch den Textilarbeitern gegenüber, die meist nur alleine an einer Nähmaschine arbeiten und deren Arbeitsplatz jederzeit ohne größeren Aufwand verlagert werden kann.²⁵

Zusammenfassend können wir in einem ersten Schritt festhalten, dass die ökonomischen Rahmenbedingungen, seien es nun verallgemeinerte Krisen und mit ihr einhergehende Angriffe auf betriebliche oder sozialstaatliche Errungenschaften, aber auch die mit dem Produktionsprozess verbundene Stellung von Beschäftigtengruppen in einer Produktionskette oder ihre Situation auf dem Arbeitsmarkt danach untersucht werden müssen, welchen Effekt sie auf den Ausbruch von Klassenkämpfen bzw. das Selbstbewusstsein der gesamten oder von Teilen der Arbeiterklasse ausüben oder ausüben könnten. Dass sie einen entscheidenden Effekt haben, ist dabei für uns unbestritten.

Bürokratietheorie und Integration der Gewerkschaften in die bürgerliche Gesellschaft

Marx und Engels erkannten in ihrer Zeit, dass Gewerkschaften nicht nur das Potenzial haben, »Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals« zu sein, sondern auch, dass sie der Herrschaftssicherung des Kapitalismus dienen können, wenn sie sich auf Dauer auf den nach »Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems« beschränkten statt zugleich als »organisierte Kraft zur Beseitigung des bestehenden Systems der Lohnarbeit und der Kapitalherrschaft selbst«. Denn dann müssten sie auch im Kleinkrieg gegen das Kapital, ihrer ursprünglichen und ersten Aufgabe, scheitern. Marx und Engels sehen also die Aufgaben der Gewerkschaften als doppelte an, andere Theoretiker haben im Anschluss daran vom »Doppelcharakter der Gewerkschaften« gesprochen. Die Kritik am »Nur-gewerkschaftertum«, der Beschränkung auf den ökonomischen Kampf, bildet einen wichtigen Strang der marxistischen Theoriebildung.²⁶

Es ist sinnvoll dabei zwei Elemente herauszuarbeiten und zu unterscheiden, obwohl sie in der Realität in einem Zusammenhang stehen. Einerseits sind Gewerkschaften in sich ein widersprüchliches Phänomen. Arbeiter organisieren sich in ihnen gegen die Übergriffe des Kapitals, in einem »ständigen Guerillakrieg zwischen Kapital und Arbeit«.²⁷ Nicht durch einseitigen Aufklärungsprozess der Mehrheit durch eine aufgeklärte Minderheit, sondern als gemeinsamen, kollektiven Lernprozess im

²⁴ Silver S.31

²⁵ Silver beobachtet in Zusammenhang mit der Produktionsmacht unterschiedliche Formen der Arbeiterorganisation. Während die Arbeiter mit viel Produktionsmacht ihre Stellung im Produktionsprozess nutzen könnten und daraus Selbstbewusstsein ziehen, sind Arbeiter etwa in der Textilindustrie viel stärker auf die Organisationsmacht ihrer Gewerkschaft bzw. auf sozialstaatlich-gesetzgeberische politische Kräfteverhältnisse angewiesen.

²⁶ August Enderle u. a. in »Das rote Gewerkschaftsbuch, Berlin 1932, Neuauflage Frankfurt 1966, darin Kritik am »Nur-gewerkschaftertum«, S. 11 ff.

²⁷ MEW, 16, 197. MEW, 16, 197.

Kampf, der in seiner Dynamik keine Grenzen von Ökonomie und Politik kennt, erwartet Marx die Entwicklung von Klassenbewusstsein.²⁸

Allerdings sind Gewerkschaften im Unterschied zu sozialistischen Parteien von ihrem Charakter als »Sammelpunkte des Widerstandes gegen die täglichen Übergriffe des Kapitals« darauf angewiesen, möglichst umfassende Organisationen zu bilden, die notwendigerweise auch solche Teile der Klasse organisieren, die sich nicht oder noch nicht im sozialistischen Sinn betätigen wollen. Dieser Charakter der Gewerkschaften als »Einheitsfrontorganisationen« bedeutet immer auch die Möglichkeit der Aufgabe ihres weitergehenden antikapitalistischen Auftrags. Die Vorstellung, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse ließen sich auf Dauer mit denen des Kapitals versöhnen, wird um so stärker sein, je größer die Erfolge der Gewerkschaften infolge langer Aufschwünge und dadurch gegebener günstiger »Marktmacht« sind. Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften des DGB nach 1945 von zunächst sozialistischer Prägung hin zu systemunkritischen Organisationen, die sich weitgehend einer »sozialen Marktwirtschaft« verschrieben haben, ist – wie wir zeigen – nicht zuletzt die Folge des langen Nachkriegsbooms mit ihren günstigen Bedingungen für erfolgreiche Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen gewesen. Das Ausbleiben dieser Bedingungen und die Rückkehr zur kapitalistischen Normalität der Krise führt allerdings nicht schon zur Überwindung des Nurgewerkschaftertums. Unübersehbar ist allerdings, dass der rein wirtschaftliche Kampf mit dem Fortschreiten der Krisen an seine Grenzen stößt und die Gewerkschaften auf ihrem ureigensten Terrain als »Sammelpunkte des Widerstandes« gegen die Übergriffe des Kapitals scheitern müssen, wenn sie nicht wieder lernen, den wirtschaftlichen Kampf auf dem Boden des Kapitalismus mit dem politischen Kampf gegen die kapitalistische Ordnung zu verbinden.

Neben dieser Funktionsbestimmung in Bezug auf die kapitalistische Gesellschaft hat die marxistische Theoriebildung immer auch die materialistische Kritik auf die Gewerkschaften als Institution selbst angewendet. Bereits Marx und Engels prägten den Begriff der Arbeiteraristokratie, mit dem mal ein Teil privilegierter Arbeiter, mal eine Schicht von Funktionären der Gewerkschaften gemeint war, deren eigene materielle Interessen sich gegenüber den Interessen der gesamten Klasse verselbstständigten. Aus dem Jahr 1892 zurückblickend relativiert Engels die von Marx und ihm in früheren Jahren aufgestellte These von der Existenz einer gesonderten Schicht privilegierter Arbeiter. Zwar hält er daran fest, dass »nur eine kleine privilegierte, geschützte Minorität dauernde Vorteile hatte.« Aber »die Wahrheit« sei: »Solange Englands Industriemonopol dauerte, hat die englische Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Grad teilgenommen an den Vorteilen dieses Monopols. Diese Vorteile wurden sehr ungleich unter sie verteilt! Die privilegierte Minderheit sackte den größ-

²⁸ »Die Großindustrie bringt eine Menge einander unbekannter Leute an einem Ort zusammen. Die Konkurrenz spaltet sie in ihren Interessen; aber die Aufrechterhaltung des Lohnes, dieses gemeinsame Interesse gegenüber ihrem Meister, vereinigt sie in einem gemeinsamen Gedanken des Widerstandes-Koalition. So hat die Koalition stets einen doppelten Zweck, den, die Konkurrenz der Arbeiter unter sich aufzuheben, um dem Kapitalisten eine allgemeine Konkurrenz machen zu können. Wenn der erste Zweck des Widerstandes nur die Aufrechterhaltung der Löhne war, so formieren sich die anfangs isolierten Koalitionen in dem Maß, wie die Kapitalisten ihrerseits sich behufs der Repression vereinigen zu Gruppen, und gegenüber dem stets vereinigten Kapital wird die Aufrechterhaltung der Assoziationen notwendiger für sie als die des Lohnes. (...) In diesem Kampfe -ein veritabler Bürgerkrieg -vereinigen und entwickeln sich alle Elemente für eine kommende Schlacht. Einmal auf diesem Punkte angelangt, nimmt die Koalition einen politischen Charakter an. Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf, den wir nur in einigen Phasen gekennzeichnet haben, findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf.«(MEW4:181).

ten Teil ein, aber selbst die große Masse hatte wenigstens dann und wann vorübergehend ihren Teil«. ²⁹

In der Folge von Marx und Engels entwickelten sich zwei Stränge der marxistischen Theoriebildung in der materialistischen Analyse der Gewerkschaften. Die eine Richtung entwickelte eine Theorie der Arbeiteraristokratie, nach der Teile oder die gesamte Arbeiterklasse der hochentwickelten, imperialistischen Staaten von hohen Extraprofiten des Kapitals etwas abbekamen und so an das System politisch gebunden werden konnten, sich dauerhaft mit dem Kapital versöhnten und deswegen auch für sozialistische Politik und Ideen nicht empfänglich waren. Diese Theorie, die sich auch bei Lenin und anderen Theoretikern der III. Internationale findet, entbehrt jedoch der empirischen Grundlage und trug in den nach 1918 neu entstehenden Kommunistischen Parteien der III. Internationale zu einer Unterschätzung der Gewerkschaften im Klassenkampf bei. ³⁰

Ein anderer Strang der marxistischen Gewerkschaftskritik nahm die sich in den Gewerkschaften entwickelnde Schicht von hauptamtlichen Gewerkschaftern ins Visier und analysierte diese als »Gewerkschaftsbürokratie«. Obwohl auch in dieser Tradition viele verkürzte Schlüsse und Pauschalurteile über Gewerkschaften und »die Bürokraten« getroffen wurden (und werden), halten wir diese Theorietradition für einen fruchtbaren Beitrag zur marxistischen Theorieentwicklung. Die Gegenposition wird sehr deutlich von einem Autorenkollektiv der VSA-Gruppe 1976 formuliert. ³¹ Ihr liegt zu Grunde, dass sie eine Verselbständigung des hauptamtlichen Apparates ausschließen bzw. nur in engen Grenzen für möglich halten, da diese nur die Funktion von »Dolmetschern« der Klasse darstellen würden:

Das Verhältnis der Vertreter einer Klasse zu der Klasse, die sie vertreten, ist innerhalb der bürgerlichen Produktionsweise dadurch charakterisiert, dass die ersteren immer nur formulieren und dolmetschen, was die aktiven Mitglieder der Klasse oder Klassenfraktionen aus ihrer materiellen Tätigkeit heraus empfinden; da aber für alle Glieder der Gesellschaft gilt, dass sie sich Illusionen über ihre wahre Stellung und Interessen machen müssen, können auch die theoretischen und politischen

²⁹ Engels, Vorwort zur 2. deutschen Auflage der »Lage der arbeitenden Klasse«, MEW, Bd. 22, S. 328.

³⁰ Die Position führt zur Unterschätzung der Kraft des Reformismus und seines Einfluss auf die gesamte Klasse und begünstigt ultralinke Positionen gegenüber den Gewerkschaften, die als Organisation der Aristokratie betrachtet werden, die Räte wurden dementsprechend in der ersten Revolutionszeit bis 1920 als Alternative zu den (reformistischen) Gewerkschaften gesehen. Fritz Sternberg hat in seinem Buch »Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht« Hamburg 1951, S.164ff. auf den Irrtum Lenins in diesem Punkt hingewiesen, er schreibt: »In den Jahrzehnten vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs hat sich nicht nur der Lebensstandard einer verschwindenden Minorität unter den Arbeitern, einer Arbeiteraristokratie verbessert, sondern der Lebensstandard der gesamten Arbeiterschaft in allen großen Industrienationen.« In Fritz Sternberg, Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht, Hamburg 1951, S. 166. Sternberg leitete daraus eine Unterschätzung der Kraft des Reformismus durch Lenin für Westeuropa ab. Lenins Versuch, die Mehrheit der Klasse von ihrer korrupten, bestochenen Aristokratie zu trennen, sei daher von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. »Es war eine völlig falsche Einschätzung der Epoche, die ihn dazu führte, die Spaltung der europäischen Arbeiterklasse zu organisieren.« (S.157) Sternbergs Kritik führt ihn direkt zur Sozialdemokratie, seine richtige Kritik an der Aristokratie-These macht ihn blind für eine differenzierte Position. Erstens haben nicht alle Arbeiter gleich vom imperialistischen Aufschwung gewonnen, zweitens hat der Krieg dafür gesorgt, dass die vor dem Krieg gewonnen Reformen wieder zunichte gemacht wurden und das Leben für die Soldaten an der Front und auch für die zivile Arbeiterklasse in den Betrieben unerträglich wurde. Die Dreher, die schon vor 1914 die Grundlage und den Kern der von Reformisten beherrschten Berliner Sektion des Deutschen Metallarbeiterverbandes DMV bildeten, wurden 1918 zum Zentrum der Revolution, obwohl sie unzweifelhaft zu den bestbezahlten Gruppen der damaligen Arbeiterklasse gehörten.

³¹ In dem Autorenkollektiv befanden sich auch Joachim Bischoff und Christoph Lieber, die noch immer in der Sozialismus-Redaktion aktiv sind. Die Zeitschrift Sozialismus und das darin in jeder Ausgabe erscheinende »Forum Gewerkschaften« ist noch immer die bedeutendste Formierung der gewerkschaftlichen Linken in Deutschland.

Repräsentanten nur im »Kopfe nicht über die Schranken hinauskommen, worüber jener [der aktive Teil] nicht im Leben hinauskommt« (Marx, 18. Brumaire).³²

Zwar schließt auch diese Traditionsbildung die Verselbständigung der aus der Lohnarbeit »freigestellten« Arbeiter nicht aus, aber die Erwartung ist, dass die Arbeiterklasse bzw. heraufziehende Klassenkämpfe eine solche Verselbständigung relativ schnell korrigieren würden:

Für diese in den Gewerkschaften arbeitenden Lohnabhängigen gilt, dass sie gegenüber den von ihnen vertretenen Arbeitern in eine relativ komfortable Lage gehoben werden, da sie nicht mehr oder nur noch teilweise den Lebens- und Arbeitsbedingungen unterworfen sind, unter welchen die aktiven Mitglieder der Klasse sich zu reproduzieren gezwungen sind; die Arbeiterklasse erspart ihnen als ihr Lohnherr die Auswirkungen der Despotie des Kapitals. Diese relativ günstigere materielle Situation, in die sie gesetzt sind, mag aber zugleich dazu führen, dass sie in der Entschlossenheit der Artikulation und Vertretung der Arbeiterinteressen zeitweilig zurückbleiben hinter der Bereitschaft der Masse der Arbeiter selbst. Durch ihre relativ abgehobene Stellung als Gewerkschaftsfunktionäre und dem damit gesetzten Moment, dass bei ihnen sich die Einsicht in die Notwendigkeit der entschlossenen Vertretung und Verwaltung der Interessen der Arbeiter jetzt nur noch vermöge der Anschauung und der eigenen vergangenen Erfahrung als gewöhnlichem Lohnarbeiter bildet, ist auch die Möglichkeit einer Verselbständigung in der Weise gegeben, dass sie nicht mit jener Entschlossenheit die allgemeinen Interessen der Klasse vertreten, auf die die Klasse selbst aufgrund ihrer Erfahrung mit dem Kapital hindrängt. Es kann aber hieraus erstens keineswegs auf die Notwendigkeit einer solchen Verselbständigung geschlossen werden; und zweitens wird – wo es zu einer zeitweiligen Entfremdung der Vertreter und Sachverwalter der Interessen des Proletariats von der wirklichen Klasse kommt – diese mit jeder praktischen Kollision, d. h. der Entfaltung der Auseinandersetzung zwischen den Klassen selbst, dadurch weitgehend zurückgenommen, dass die Arbeiter ihre Organisationen stärker unter Kontrolle nehmen, als dies in liberalen und bequemen Phasen der Klassenauseinandersetzungen der Fall ist.³³

Im Folgenden wollen wir versuchen, die besondere Position der Theorie von der Gewerkschaftsbürokratie herauszuarbeiten, weil uns eine Reduktion der Gewerkschaftsfunktionäre auf die Position des »Dolmetschers«, also auf eine passive Position, nicht als sinnvoller Ausgangspunkt einer Theoretisierung ihrer Rolle in der Geschichte der Klassenkämpfe erscheint.

Ein guter Startpunkt kann dabei der Artikel des britischen Marxisten und Industriesoziologen Ralph Darlington darstellen.³⁴ Dabei benennt Darlington fünf Elemente, die die Bürokratie in Bezug auf die Entwicklung des Klassenkampfes als konservative Schicht mit eignen sozialen Interessen charakterisiert:

Die soziale Stellung der Bürokratie bedeutet, dass Gewerkschaftsfunktionäre keine Arbeiter sind, die ihre Arbeitskraft verkaufen. Sie sind weder der Ausbeutung noch dem Direktionsrecht des Kapitals unterworfen.

Ihr ständige Verhandlungsfunktion prägt ihre Alltagsarbeit und ihre Perspektive auf die gewerkschaftliche Arbeit. So schreibt die tarifpolitische Grundsatzabteilung von ver.di:

In unserer Tarifdatenbank befinden sich derzeit 12.548 Tarifverträge. Wie aber alle Experten wissen, sind das längst nicht alle. Am Ende dürften es deshalb wohl deutlich mehr als 15.000 Verträge sein, die ver.di zu beackern hat, Tendenz steigend. [...] Für jeden Tarifbereich muss eine Tarifkom-

³² Bischoff u.a./ Autorenkollektiv: Marxistische Gewerkschaftstheorie. Eine Einführung, Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung, Berlin 1976, S. 192.

³³ Bischoff/Autorenkollektiv S. 73

³⁴ Darlington, Ralph :The Rank-and-File/Bureaucracy Analysis of Intra-Union Relations: Some Implications for Social Movement Organisation, in L. Cox, A. Nilsen, J. Krinsky, and C. Barker (Hrsg.): Marxism and Social Movements, Brill, 2013.

mission gebildet, muss eine Sekretärin bzw. ein Sekretär abgestellt werden, sind permanent Einladungen und Rundschreiben zu verschicken, sind Verteiler anzulegen, Tagungen und Sitzungen zu organisieren, Wahlen durchzuführen, Verhandlungen vor- und nachzuarbeiten und vieles mehr. [...] Wir haben zwar überall und irgendwie die Finger drin, doch wir schaffen es nicht die Hand zur Faust zu ballen.³⁵

Hier zeichnet die ver.di-Grundsatzabteilung ein treffendes Bild dessen, was den Alltag eines Gewerkschaftssekretärs ausmacht. Er ist vor allem mit Verhandlungen beschäftigt. Der argumentative Austausch, Gespräche und unter Umständen eine sich über die Jahre entwickelnde Vertrautheit mit dem Arbeitgeber ist mit der Tätigkeit des Gewerkschaftssekretärs in den Gewerkschaften in Deutschland verbunden. Das Einarbeiten in die speziellen tariflichen Belange der Beschäftigten, die juristischen Feinheiten der oft hunderte Seiten dicken Tarifverträge gehört zu seinen Pflichten. Die Mobilisierung einer Belegschaft, das mühevolle Aufbauen von Gegenmacht und die Aktivierung der Mitglieder ist demgegenüber eine Kann-Option.³⁶

Die materielle Position der Funktionäre hebt diese ebenso von der Mehrheit ihrer Mitglieder deutlich ab. Sie haben meist deutlich höhere Bezüge als ihre Mitglieder. Und diese Einkommen sind nicht von der Konjunktur oder dem Beschäftigungsstatus oder der Lohnhöhe ihrer Mitglieder abhängig.³⁷

In der innergewerkschaftlichen Willensbildung verfügen Gewerkschaftsfunktionäre gegenüber einfachen Mitgliedern über eine zentralisierte und bürokratisierte Macht, die sich einer Kontrolle durch die Mitglieder weitgehend entziehen kann. Auf Grundlage einer marxistischen Analyse der deutschen Gewerkschaften formuliert Joachim Bergmann deren zentrale Demokratiedefizite: Gewerkschaften sind zunächst formal demokratische Organisationen. Die Delegierten werden von unten nach oben gewählt, auf den Bundeskongressen wird der Bundesvorstand gewählt, der zusammen mit einem Gewerkschaftsrat die demokratische Vertretung zwischen den Kongressen darstellt. »Dem Buchstaben der Satzungen nach sind alle Organe und ihre Tätigkeit an das Delegiertensystem angebunden und damit auf den Willensbildungsprozess der Mitglieder und ihrer Delegierten verpflichtet.«³⁸

Allerdings vermisst Bergmann durchgreifende Kontrollinstanzen. Die Führungen selbst seien oft qua Amt Mitglied in den Kontrollinstanzen und würden deren Agenda bestimmen. Die organisationsin-

³⁵ Tarifleter Ausgabe 04/2012, Herausgegeben von der tarifpolitischen Grundsatzabteilung von ver.di.

³⁶ Ein Aktivist mit radikal-linkem Hintergrund, dem Organizing als Mobilisierungspraxis sehr wichtig ist, der aber heute als »normaler«³⁶ Betreuungssekretär arbeitet, meinte in einem Gespräch: »Ich reiße in meiner Praxis jede rote Linie, die ich mir vorher für Organizing gesetzt habe. In meiner über einjährigen Zeit als Sekretär habe ich gerade mal zwei oder drei >Eins-zu-Eins-Gespräche< (Beschäftigte aktivierende Kontaktgespräche mit dem Ziel der Aktivistengewinnung, Anm. d.V.) geführt. Aber wenn »mein«³⁶ Geschäftsführer, mein Verhandlungspartner, mir einen Gesprächstermin anbietet, dann muss ich zur Verfügung stehen.«

³⁷ Das Einstiegsgehalt eines einfachen Gewerkschaftssekretärs bei ver.di liegt bei 4.317 Euro monatlich. Nach 6 Jahren steigt es auf 4.734 Euro. Bei größeren Betreuungsaufgaben oder spezialisierten Verantwortungsbereichen in der Tarifarbeit und in Abhängigkeit von der Größe des Bezirks wächst das Gehalt auf bis zu 5.733 Euro an (alle Daten aus der Gesamtbetriebsvereinbarung über die ver.di-interne Tarifierhöhung vom 1.4.2012). Demgegenüber stehen Verdienste im wichtigsten ver.di-Tarifvertrag (TVöD, im öffentlichen Dienst) von 1.500-1.672 Euro in der unteren und 1.951-2509 Euro in der mittleren Verdienstgruppe, wobei es natürlich viele Tarifverträge gibt, die weit unter dem Niveau des TVöD liegen (statistisches Tarifhandbuch 2013). Die Diskrepanz ist natürlich bei den Spitzenfunktionären am größten. So schreibt die Süddeutsche Zeitung: »Am meisten verdient Berthold Huber, der Erste Vorsitzende der IG Metall. Er bekommt im Jahr fast 260.000 Euro und führt die mit 2,3 Millionen Mitgliedern im Jahr 2008 größte DGB-Gewerkschaft. Am wenigsten verdient mit 105.600 Euro Transnet-Chef Alexander Kirchner, der an der Spitze einer der mit 227.690 Mitgliedern kleineren DGB-Gewerkschaften steht. Viele Gewerkschafter haben zusätzlich zum Jahresgehalt Nebeneinkünfte, etwa aus Aufsichtsratsmandaten. (Quelle: SZ 17.5.2010).

³⁸ Bergmann, Joachim: Organisationsstruktur und innergewerkschaftliche Demokratie, in: Bergmann, Joachim (HG): Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Suhrkamp 1979, S. 211.

terne Presse werde durch die Führungen bestimmt, so dass kaum oppositionelle Meinungen diskutiert werden könnten. Exklusive Informationswege und Wissensvorsprünge würden diese zentralisierte formale Machtstellung ergänzen. Die hauptamtlichen Führungskräfte würden die meisten Redebeiträge auf Gewerkschaftstagen stellen, während Einzelmitglieder wenig Initiativrechte genießen würden. Bergmann zitiert mehrere Studien über Gewerkschaftstage, die zu dem Schluss kamen, dort dominiere die führungsgesteuerte Inszenierung über die demokratische Debatte.³⁹ Zudem hebt er das Recht der zentralen Führungen in vielen Gewerkschaften hervor, die Einsetzung ehrenamtlicher Gremien zu kontrollieren und die Einstellungspraxis neuer Funktionäre untergeordneter Gliederungen zu überwachen oder zu gestalten. In der Summe ergibt sich also ein Bild, in dem der formal-demokratischen Strukturierung der gestuften Delegiertensysteme de facto eine weitestgehende Gestaltungsmacht der Führungen gegenübersteht.

Hinzu kommt die Besonderheit des deutschen Systems der dualen Interessenvertretung, die dazu führt, dass den Betriebsräten in den Gewerkschaften und hier noch einmal besonders den freigestellten Betriebsräten und Betriebsratsvorsitzenden von Großbetrieben und Konzernen eine sehr hohe Bedeutung zukommt. Deren Rolle sei aber nicht von den Mitgliedern der Gewerkschaften bestimmt, sondern weitestgehend vom Betriebsverfassungsgesetz rechtlich vorstrukturiert, womit eine organisationsexterne Beeinflussung der demokratischen Meinungsbildung stattfindet. Zwar hätten Betriebsräte in den Gewerkschaften nur eine schwache satzungsrechtliche Position. Aber: »Da das Betriebsverfassungsgesetz die Gewerkschaften vom Betrieb fernhält, fungieren die Betriebsräte als Substitut einer betrieblichen Gewerkschaftsorganisation; einerseits nehmen sie innerhalb der vom Betriebsverfassungsgesetz restriktiv gezogenen Grenzen die Vertretung der arbeitsplatzbezogenen Interessen wahr, andererseits bestimmen sie – relativ autonom – die Präsenz und den Spielraum der Gewerkschaften im Betrieb: die Arbeit der Vertrauensleute, die gewerkschaftlichen Informationen, die Zusammenarbeit mit den lokalen hauptamtlichen Funktionären [...] Durch ihre rechtlich gesicherte Stellung sowie aufgrund ihrer Funktion als betriebliche Interessenvertretung mit einer eigenen Loyalitätsbasis in den Betrieben verfügen die Betriebsräte gegenüber den Gewerkschaften über eine relative Autonomie.⁴⁰

Die Betriebsräte sind im Rahmen dieser Autonomie aber mächtigen Kräften ausgesetzt, die sie in eine sozialpartnerschaftliche Politik ziehen: Sie sind auf das Betriebsgeheimnis mit dem Unternehmer verpflichtet. Sie sind auf das Wohl des Betriebes verpflichtet. Sie sind zu vertraulicher Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber verpflichtet. Und vor allem dürfen sie nicht zu Streiks aufrufen. Gleichzeitig werden sie von allen Beschäftigten (nicht nur von Gewerkschaftsmitgliedern wie die Shop Stewards in England) gewählt und genießen deswegen eine hohe demokratische Legitimation unter den Beschäftigten. Natürlich können diese Ressourcen auch für eine kämpferische Politik genutzt werden. Aber zunächst geht es darum, die sozialpartnerschaftliche Vorstrukturierung durch den institutionellen Rahmen und die Alltagspraxis der Betriebsräte zu verstehen. Wenn diese Betriebsräte nun die innergewerkschaftliche Willensbildung und die Tarifbewegungen entscheidend prägen, dann ergibt dies für eine aktivierend-kämpferische und demokratische Strategie große Probleme.

³⁹ Vergl. die Studie von Gerhard Bosch über zwei Gewerkschaftstage der IG Metall 1968 und 1971 in Bosch, Gerhard: Wie demokratisch sind die Gewerkschaften? Verlag Die Arbeitswelt 1974. Die Zusammensetzung und Ausgestaltung der Gewerkschaftstage, so Joachim Bergmann, würde zusätzlich nahelegen, dass die Hauptamtlichen und die freigestellten Betriebsräte die Gewerkschaften maßgeblich prägen. Studien zu Gewerkschaftstagen zeigen: Delegierte von Gewerkschaftstagen sind zwischen 20-30 % Hauptamtliche (Zahlen von 1979 für IG Metall, ÖTV etc. etc.), z.B. IG Chemie von 1975: 22 % Hauptamtliche, 63 % Betriebsräte, davon 54 % Freigestellte. Bergmann, S. 236.

⁴⁰ Bergmann 1979, S. 216.

Neben diesen beiden Dimensionen der innerorganisatorischen Demokratiekritik sieht Bergmann ein weiteres Demokratieproblem darin, dass dasjenige Element gewerkschaftlicher Praxis, welches ein großer Beteiligungs- und Aktivierungsgenerator sein könnte, die Tarifpolitik, zusätzlich bürokratisch vorstrukturiert und einer demokratischen Willensbildung verschlossen ist.

Dies ist aus marxistischer Sicht von entscheidender Bedeutung, weil erst in konkreten Klassenbewegungen eine Aktivierung, eine Überwindung der Vereinzelung, der Fragmentierung und Ohnmacht einer Belegschaft stattfindet. Erst in Kämpfen entstehen die Aktivisten, die Führung in den Betrieben, die man braucht, um Gewerkschaften aufzubauen und der Partizipations- und Kontrollanspruch, um diese auch zu gelebten demokratischen Organisationen zu machen.⁴¹ Erst in Kämpfen entsteht der Wunsch nach demokratischer Kontrolle. Deshalb ist die Frage, wie diese Kämpfe von Mitgliedern kontrolliert und gestaltet werden können, aus marxistischem Blickwinkel von entscheidender Bedeutung.

Bergmann stellt sogar eine Entkopplung der Tarifpolitik von der formalen Delegiertendemokratie fest: »Es gehört zu den Paradoxien der organisatorischen Verfassung der Gewerkschaften in der Bundesrepublik, dass ihre Satzungen, in denen die internen Beziehungen und Kompetenzen der Organe minutiös geregelt sind, nur wenige Bestimmungen über Tarifpolitik enthalten.«

Lediglich tarifpolitische Richtlinien wurden von manchen Gewerkschaften beschlossen. Festgelegt ist lediglich, dass der Hauptvorstand eine enorme Gestaltungsmacht bei den Arbeitskämpfen hat. »Organe der tarifpolitischen Willensbildung sind die Tarifkommissionen; ihre Mitglieder werden teils von den Bezirksdelegiertenversammlungen gewählt, teils von den Ortsvorständen ernannt (IGM) und im Ausnahmefall von Vertrauensleuten gewählt. Hauptamtliche Funktionäre und Betriebsratsvorsitzende der Großbetriebe bilden zumeist die Mehrheit.«⁴² Demgegenüber sind die mitgliedernahen Organe satzungsmäßig sehr schwach ausgerüstet.

»Die Rechte der Tarifkommissionen sind eingeschränkt, häufig sind sie nur befugt, Empfehlungen zur Kündigung und zum Abschluss von Tarifverträgen, zu Urabstimmungen und Streiks an die Hauptvorstände zu richten; bei diesen nämlich liegen die letzten verbindlichen Entscheidungsrechte.«

»Weder den Mitgliedern noch den mitgliedernahen Organen – Vertrauensleuten, Delegierten, Ortsvorständen – steht ein Initiativrecht für Urabstimmungen oder Mitgliederbefragungen zu. Für die Tarifkommissionen besteht andererseits keine Verpflichtung, sich in ihrer Willensbildung der Mitgliedermeinungen zu versichern; ebensowenig sind sie verpflichtet, ihre Entscheidungen gegenüber den Mitgliedern zu rechtfertigen.«⁴³

Dies hat sich seit 1979 nicht geändert. Bei ver.di etwa werden Tarifkommissionen vom Gewerkschaftsrat bestimmt: »Die Größe, Zusammensetzung und das Verfahren zur Wahl der Mitglieder der Tarifkommissionen werden in einer vom Gewerkschaftsrat zu erlassenden Tarifrichtlinie sowie in den Fachbereichsstatuten geregelt. [...] Die Tarifkommissionen führen die Tarifverhandlungen und entscheiden über die Tarifforderungen, die Annahme und Ablehnung von Verhandlungsergebnissen und über das Scheitern der Verhandlungen sowie den Abschluss und die Kündigung von Tarifverträgen. Sie sind in ihren Entscheidungen eigenständig, dabei jedoch an die aufgrund von § 69 festgelegten tarifpolitischen Grundsätze gebunden.« Der Gewerkschaftsrat wiederum wird nach Fachbereichen zusammengesetzt (plus Jugend, Frauen etc.), aber gewählt wird er vom Bundeskongress.

D. h. die Tarifkommissionen werden nicht bottom-up gewählt, sondern top-down bestimmt, aber mit der Möglichkeit, dass die obere Ebene diese demokratisch nach unten öffnet. Wenn man dann hinzuzieht, dass der Bundesvorstand jeden Arbeitskampf genehmigen muss und jede Streikleitung

⁴¹ Siehe Fußnote 11

⁴² Bergmann 1979, S. 214.

⁴³ Bergmann 1979, S. 215.

ernennen und absetzen kann, dann bleibt ein ziemlich bürokratisch-zentralistisches Konstrukt übrig: »Über Urabstimmungen und Arbeitsk Kampfmaßnahmen entscheidet der Bundesvorstand.« In der Arbeitsk Kampfrichtlinie sind dem Bundesvorstand auf allen Ebenen ständig Einschreitungsmöglichkeiten zugebilligt: Er kann Arbeitsk Kampf anträge ablehnen, er kann Urabstimmungen übergehen, er kann Streikleitungen einsetzen (und lokale oder regionale oder von unteren Gremien bestimmte jederzeit absetzen) und jederzeit von oben Weisungen erteilen.

In der engen Verbindung zur Sozialdemokratie besteht ein weiteres Element, welches den konservativen Charakter der Gewerkschaftsbürokratie ausmacht. Die große Mehrheit ehrenamtlicher wie hauptamtlicher Funktionäre geht heute von einer Rollenteilung zwischen SPD und Gewerkschaften aus, in der die Gewerkschaften im Wesentlichen für den ökonomischen Kampf für Tarifverträge zur Regulierung der Lohnarbeit in den Betrieben zuständig sind, während die Aufgabe der SPD die politische Vertretung der Arbeiterbewegung im Parlament ist. Berthold Huber bezog sich wiederholt auf das Mannheimer Abkommen von 1906.⁴⁴ Damals verzichtete die SPD auf ihre bis dahin geltende sozialistische Führung in und gegenüber den Gewerkschaften. Sie versprach in dem zunächst geheim gehaltenen Abkommen zwischen SPD und Gewerkschaftsführung, keine Agitation für den politischen Massenstreik ohne Zustimmung der Gewerkschaftsführer zu unternehmen, den die Gewerkschaftsführer ein Jahr zuvor gegen einen Mehrheitsbeschluss eines SPD-Parteitages abgelehnt hatten. Diesem Verständnis liegt die Trennung von politischem und ökonomischem Kampf in der Arbeiterbewegung zu Grunde, die die Herausbildung eines institutionalisierten Tarifvertragswesens einerseits und die Herausbildung von Sozialstaat und Arbeitsgesetzgebung andererseits in kapitalistischen Staaten mit den Mitteln der Gesetzgebung und auf dem Wege parlamentarischer Mehrheitsentscheidungen anstrebt. In der SPD entwickelte sich Ende des 19. Jahrhunderts eine reformistische Strömung, die darauf abzielte, den Sozialstaat immer weiter auszubauen und so allmählich auf gesetzlichem Wege den Sozialismus einzuführen. Diese Perspektive der stückweisen oder graduellen Veränderung prägte die Strategie, bedeutete aber, den Boden des bürgerlichen Staates als Grundlage der Politik zu akzeptieren. In gewissen historischen Situationen wusste das Kapital diese Disziplinierungsfunktion durchaus zu schätzen – mehrfach in der Geschichte wünschte es sich eine sozialdemokratische Regierung, damit diese bei den Gewerkschaften Dinge durchsetzte, die sonst auf erheblichen Widerstand gestoßen wären. Besonders prägnant hat dies der Industriekurier, Vorläufer des heutigen Handelsblatt, 1967 kurz nach der Bildung einer großen Koalition aus CDU/CSU und SPD unter Kanzler Kiesinger (CDU) zum Ausdruck gebracht: »Die Krise, die die Regierung jetzt aufzufangen hofft, ist in Wirklichkeit die beginnende Krise des Sozialstaates. Es ist ein bemerkens-

⁴⁴ Berthold Huber: Rede auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall 2007. Warum dieser Hinweis auf das Mannheimer Abkommen im Jahr 2007? Dies wird deutlich, wenn man die Passage seiner Rede ganz liest, die Äußerung richtet sich gegen mögliche Kritik an der Politik der Kapitulation des DGB gegenüber der Agenda-Politik Schröders und Steinbrücks und politische Einflussnahme durch die neu entstandene LINKE. Oskar Lafontaine hatte mit seiner mehr oder weniger permanenten Agitation für den politischen Massenstreik gegen die Agenda 2010 und ihre Folgen eine unsichtbare Linie überschritten, die besagt: Mischt Euch nicht ein in unsere Angelegenheiten. Ob und wann gestreikt wird, das ist allein Sache der Gewerkschaften. Huber sagte: »Wir haben unsere Positionen spätestens seit dem Mannheimer Abkommen von 1906 immer eigenständig bestimmt. Das bleibt auch in der veränderten deutschen Parteienlandschaft unser Auftrag! Wir lassen uns von niemandem instrumentalisieren! Die IG Metall war nie der Transmissionsriemen einer Partei und wird es in Zukunft nicht sein. Wer das versucht, wird scheitern!« Huber betont zugleich: »Um Arbeitnehmerinteressen auch in der politischen Arena erfolgreich zu vertreten, müssen wir die im Parlament vertretenen Parteien von unseren Themen und Inhalten überzeugen. Um unsere Ziele zu erreichen, brauchen wir die Unterstützung politischer Mehrheiten im Parlament.« Das Mannheimer Abkommen von 1906 ist in der Tat das Modell für das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften geblieben. Sozialistische Parteien dürfen im parlamentarischen Raum, in Wahlkämpfen und auf der Straße auch für eine sozialistische Transformation eintreten. Den erbitterten Widerstand des »Nurgewerkschafters« werden Sozialisten dann spüren, wenn sie sich in die Gewerkschaften einmischen und dort für eine Abkehr von sozial partnerschaftlicher Politik eintreten.

wertes Zusammentreffen, dass sie gerade in dem Augenblick erkennbar wird, in dem die SPD zum ersten Male an der Regierungsverantwortung beteiligt ist. Es ist ihr Programm, dass sich jetzt als undurchführbar erweist [...] Die SPD hat nun in der Regierung ihre große Aufgabe [...] Die engen Verbindungen zwischen SPD und den Gewerkschaften, die bisher als Einfluss der Gewerkschaften auf die Sozialpolitik der SPD in Erscheinung traten, müssen jetzt umgekehrt die Einflussnahme der SPD auf die Gewerkschaftsführer ermöglichen.«⁴⁵

Mit dem Burgfrieden mit den kriegführenden Parteien und dem Staat, den die SPD (und die Gewerkschaftsspitzen) mit dem Eintritt in den Ersten Weltkrieg eingingen, zeigte sich erstmals, wie groß der Preis für die Anerkennung der bürgerlichen Politik und des bürgerlichen Staates war. Seitdem hat jede sozialdemokratische Regierung sich den Erhalt und die Verteidigung des bürgerlichen Staates und der diesem zugrunde liegenden bürgerlichen Ordnung zu eigen gemacht – auch wenn diese bedeutete, frontal gegen die Arbeiterbewegung vorzugehen.

Die Niederschlagung der Novemberrevolution nach 1918, aber auch die Zwangsinstitutionalisierung mit der Etablierung der Friedenspflicht für Betriebsräte 1918/20 sind dafür wichtige Beispiele. Entscheidend ist, dass die Perspektive der Machtübernahme für die SPD schon im Vorhinein die Wahl der Strategie prägt und dazu führt, dass sie Massenmobilisierung, Aufrufe zu politischen Streiks und selbst zu massenhaftem zivilen Ungehorsam wie in der Antinazibewegung in Dresden oder bei Bloc-cupy in Frankfurt ablehnt und diese einer stellvertreterischen, sozialpazifistischen Politik untergeordnet werden. Die Verflochtenheit der Gewerkschaftsbürokratie mit der Sozialdemokratie bringt eine enorme Disziplinierung der Arbeiterbewegung mit sich.

Nehmen wir das Beispiel der Hartz-Gesetze. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung stieß die Gewerkschaften vor den Kopf, indem sie Leiharbeit fast unbegrenzt zuließ, Kündigungsschutz beseitigte, Hartz IV und die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre durchsetzte und so weiter. Nachdem es anfangs wenig Widerstand in den Gewerkschaften gab,⁴⁶ änderte sich dies, nachdem ein Bündnis aus Gewerkschaftslinken und Attac mit den globalisierungskritischen Protesten im Rücken am 3.11.2003 zunächst überraschend 100.000 Menschen zu einer Demonstration nach Berlin mobilisierte. Daraufhin besuchte Frank Bsirske das Sozialforum in Paris und versprach dort eine gemeinsame Mobilisierung. Am 3.4.2004 mobilisierte der DGB 500.000 Menschen zu drei großen Protestkundgebungen gegen die SPD-geführte Regierung – ein Riesenerfolg. Allerdings blieben die erhofften Korrekturen aus. Bereits im Sommer fand wieder eine Annäherung zwischen SPD und Gewerkschaftsspitzen statt. Michael Sommer trat schließlich in einer Fraktionssitzung der SPD auf und verkündete, er habe ein SPD-Mitglied geworden, im Herbst 2004 machte er sogar wieder Wahlkampf für die SPD in Schleswig-Holstein. Damit verpasste der DGB, eine Eskalationsstrategie gegen die Bundesregierung zu entwickeln, die sich dann im Herbst auf die spontanen Montags-Massendemonstrationen hätte stützen und diese verallgemeinern können. Die Episode zeigt, dass selbst wenn sich Massenprotest regt, die Verbindung zwischen Gewerkschaftsbürokratie und SPD hält, was weitreichende strategische Konsequenzen für die Mobilisierungschancen bedingt.

So disziplinierend die SPD in die Arbeiterbewegung hineinwirkt, so ist doch das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften nicht einseitig und statisch zu beurteilen. Denn dieses Verhältnis, auch die Disziplinierungsfunktion, basiert auf einer sozialdemokratischen Hegemonie in der Gewerkschaftsbewegung. Die Trennung von Politik und Ökonomie und die daraus resultierende Arbeitsteilung

⁴⁵ Industriekurier, 24.01.1967.

⁴⁶ Der DGB hatte im Mai 2003 mit »Viertelkraft« zu Demonstrationen in Kassel und Leipzig aufgerufen, zu denen knapp 70.000 kamen. Dies wurde als Beleg dafür bewertet, dass der DGB in dieser Frage nicht mobilisierungsfähig wäre. Kurz darauf rief der DGB zu einer »Sommerpause« in den Protesten auf. Im Juli 2004 beendete die 2. Chefin des DGB Engelen-Käfer die Proteste mit dem bezeichnenden Argument: »Wir sind schließlich Demokraten« (vgl. Junge Welt 14.07.2014).

wird von den meisten Gewerkschaftsmitgliedern akzeptiert. Während Gewerkschaften die Klasse immer wieder neu organisieren müssen und deswegen auch Widerstand anführen und organisieren, halten wir die SPD in Lenins Worten für eine »kapitalistische Arbeiterpartei«, die zwar, um Wahlen zu gewinnen, an die Reformhoffnungen der Wählerschaft anknüpfen muss, aber gleichzeitig fest auf dem Boden des bürgerlichen Staates und des Kapitalismus steht. Ihre Funktion als Verteidigungsorganisation von Arbeiterinteressen führt die Gewerkschaften in Krisenzeiten in Widerspruch zur Sozialpartnerschaft, zum Stellvertretertum, zum Nationalismus der SPD oder zur Aufgabe ihrer ureigensten Ziele und ihres Klassenauftrages. Dieser Widerspruch muss sich dann auch in einer Herausforderung des Einflusses der SPD in den Gewerkschaften ausdrücken.

Die Bedeutung des subjektiven Faktors

Wir verstehen uns in der Tradition eines Marxismus, in der dem subjektiven Faktor, dem bewussten Eingriff in die Geschichte, eine große, manchmal entscheidende Rolle zugewiesen wird. Eine so verstandene Handlungstheorie unterscheidet uns von denjenigen Traditionen, die in sozialdemokratischer und stalinistischer Lesart des Marxismus die objektiven Faktoren der Geschichte zur Ableitung des Bewusstseinsstandes der Arbeiterklasse als allmächtig zugrundelegen.⁴⁷ Allerdings besteht die Gefahr bei einer Überbetonung des subjektiven Faktors zu einer voluntaristischen und letztlich idealistischen Übertreibung zu kommen, die jedes Scheitern von Klassenkämpfen immer nur dem Versagen der Führung anhängt oder aber zu minoritären Stellvertreteraktionen bis hin zu abenteuerlichen Streikaufrufen führen kann, die von der Mehrheit als »verheizen« verstanden werden.⁴⁸

Auch heute findet in der Diskussion um gewerkschaftliche Politik meist eine Objektivierung der Vergangenheit statt. Zwar wird diese nicht in einem direkt deterministischen, ableitbaren Theoriegebäude geleistet (Determinismus ist ja ein großes intellektuelles Schimpfwort im Zuge der Marxismuskritik geworden.) Sondern meist findet sie in Form etwa der Regulationstheorie oder eines sich auf Gramsci berufenden Hegemonie-Begriffs statt. Statt Organisationen, Parteien, Fraktionen und einzelne geschichtliche Persönlichkeiten sind die »Subjekte« in diesen Theorien in Regulationsweisen, Kräfteverhältnissen, historischen Blöcken usw. verschüttet.

Wie sieht nun eine angemessene Theorie des subjektiven Faktors aus? Im Folgenden wollen wir versuchen, aus der marxistischen Theorie heraus eine Bestimmung des subjektiven Faktors vorzunehmen. In einer in Deutschland weitgehend unbekanntem, erst 1996 in ungarischen Archiven aufgetauchten Verteidigungsschrift von »Geschichte und Klassenbewusstsein« zieht der ungarische Marxist Georg Lukács aus einer Passage von Lenin zur Bedeutung des subjektiven Faktors im Aufstand einige Schlussfolgerungen für eine allgemeine Theorie des subjektiven Faktors:⁴⁹

Wenn wir nun seine Bemerkungen über den Aufstand selbst [...] vom methodologischen Standpunkt, der für uns hier der gebotene ist, näher betrachten, so heben sie einerseits die bewusst ge-

⁴⁷ Klassenbewusstsein ist nach Kautsky ein bloßer Reflex auf eine bestimmte Klassenlage bzw. »Umwelt«. Natürlich entging auch Kautsky nicht, dass Menschen unter identischen Umständen zu unterschiedlichen Erkenntnissen und politischen Aktionen kamen. Aber er tröstete sich mit der Feststellung: »Die Menschen reagieren alle im Durchschnitt auf die gleichen Reize in gleicher Weise, wenn die Bedingungen die gleichen sind, unter denen der Reiz sie trifft.« (Karl Kautsky »Die materialistische Geschichtsauffassung, Bd. 2, Berlin 1927, S.458.) Kautsky benutzt hier die Begriffe der damals modernen Schule der Behavioristen (Verhaltensforscher). Die einzig gestaltende Kraft der menschlichen Geschichte sind nach Kautsky die sich entwickelnden Produktivkräfte.

⁴⁸ Voluntarismus ist in verschiedenen Variationen in der Geschichte der Arbeiterbewegung aufgetreten, eine wichtige war der verfrühte Aufstand, der Versuch der politischen Machtergreifung nicht auf der Basis einer die gesamten Kräfteverhältnisse berücksichtigenden Analyse, sondern auf Grund lokaler Ereignisse und Erfahrungen. Hierzu gehören in der Anfangsphase der deutschen Revolution der »Januaraufstand« vom 5. Januar 1919, dann die Ausrufung der Münchener Räterepublik (Mai 1919) und der Aufstandsversuch der KPD im März 1921.

⁴⁹ Lukács, Georg: Chvostismus und die Dialektik, Herausgegeben von den »Erben von Georg Lukács« 1996, 81 S.

machten, also von der subjektiven Seite (vom bewusst handelnden Subjekt) hervorgebrachten Momente heraus (Gruppierung der Kräfte, Überrumpelung, etc.) andererseits weisen sie auf die rein subjektiven Momente (Entschlossenheit, moralisches Übergewicht etc.) mit der größten Schärfe hin. Der Aufstand als Kunst ist also der Moment des revolutionären Prozesses, wo das subjektive Moment ein entscheidendes Übergewicht hat.⁵⁰

In dieser Passage führt Lukács die Unterscheidung zwischen (a) gemachten, durch bewusste Handlungen erzeugten subjektiven Elementen ein, wie etwa der Strategie und der Gruppierung der Kräfte, der Überraschungsangriff und (b) solchen Elementen, die rein subjektiv sind, wie etwa die der Entschlossenheit und der moralischen Überlegenheit. Den Moment so aufzufächern, wie Lukács es hier tut, ermöglicht eine genauere Bestimmung des subjektiven Faktors: In der konkreten Situation, aber auch in der Bestimmung in einem Prozess, der zu dem Moment führt. Subjektive und objektive Komponenten lassen sich so herausarbeiten. Daraus ergibt sich für Lukács, dass der Marxismus bereits in der objektiven Analyse die subjektiven Elemente der Vergangenheit aufdeckt und mitdenkt. Gleichzeitig bezieht er sich selbst aber in das Kalkül ein und kann so auch für die Zukunft Geschichte und Prozesse als aktive, eingreifende Prozesse denken. Das heißt, es gibt keinen Moment, in dem sich die Aktivität des organisierten Eingriffs nicht lohnt, in dem es sich nicht lohnt, die Dinge auszutesten und auszuloten.⁵¹ Denn auch unter der ruhigen Oberfläche kann Bewegung stattfinden, kann der Prozess sich weiterentwickeln. Damit ist aber nicht gemeint, alles sei immer und zu jeder Zeit subjektiv beeinflussbar und nach Belieben formbar.⁵² Ergänzend zu dieser Theorie des Momentes entwickelt Lukács mit Hilfe des Begriffes der Zurechnung einen Begriff des subjektiven Faktors im Rahmen der Theorie des historischen Materialismus. Wenn die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen darstellt, diese aber aus den materiellen Widersprüchen abgeleitet werden, wie verhindert man, dass man eine rein deterministische Widerspiegelungstheorie entwickelt, wo jede historische Aktivität immer dem Stand der Produktivkräfte entspricht?

Lukács' Lösung für dieses Problem ist der Begriff der Zurechnung. Er erklärt, dass jeder Person quasi idealtypisch auf Grund einer Klassenlage ein gewisses Klassenbewusstsein zugerechnet werden kann. Auf diese Weise können die Potenziale, die Handlungsspielräume der jeweiligen Klassenlage ausgelotet werden und gleichzeitig ganz bewusst die Distanz zu den realen, handelnden Personen und Klassenakteuren wie Parteien und Organisationen erfasst werden.⁵³

⁵⁰ Lukács 1996, S. 19

⁵¹ »Es gibt keinen Moment«, sagen die Organisationsthesen des III. Kongresses (der Komintern), »wo eine Kommunistische Partei nicht aktiv sein könnte.« Warum? Weil es keinen Moment geben kann, wo dieser Charakter des Prozesses, der Keim, die Möglichkeit des aktiven Einwirkens des subjektiven Momentes vollständig fehlen würde. Und was ist z. B. jeder Streik anderes, als eine kleine Krise der kapitalistischen Gesellschaft? Hatte nicht der preußische Minister des Innern, Herr Puttkammer, recht, als er den berühmten Ausspruch machte: »In jedem Streike lauert die Hydra der Revolution!«? Freilich schlägt gerade hier die Quantität in Qualität um. Wer jedoch seine Augen vor der Grundfrage verschließt, der wird diese Seite des Prozesses weder im Großen, noch im Kleinen je richtig erfassen können, wer [...] aus Angst in einen »Subjektivismus« zu verfallen solche Momente überhaupt leugnet, wird notwendigerweise [...] auf die verdeckten Momente erst recht fatalistisch chvostistisch reagieren.«

⁵² Im Besonderen greift er die Spontaneitätstheorie an, die eben in der Einschätzung, dass alles immer beeinflussbar ist, eigentlich in einen Fatalismus umkippt, weil real eben nicht immer alles beeinflussbar ist. Das Besondere an einer Theorie des subjektiven Faktors – eben herauszuarbeiten was beeinflussbar und was nicht beeinflussbar ist – würde damit verloren gehen. Lukács, Georg 1996, S.19.

⁵³ Lukács bezieht sich dabei auf Marx und seine historischen Schriften, wie etwa die Schriften zum Bürgerkrieg in Frankreich, wo er die nicht realisierten Potenziale der bürgerlichen Politiker beschreibt und auf diese Art und Weise eben nicht zu einer subjektlosen Geschichte, sondern zur einer Geschichte kommt, in der die Akteure in den ihnen möglichen Potentialen gemessen und beurteilt werden. Denn mit dem Begriff der Zuschreibung kann die Distanz zwischen Potenzial und Realität gemessen werden. Die Überbrückung dieser Distanz ist gerade die Aufgabe von subjektiven Kräften: von Parteien und ihren Führern. »Solange jedoch nur von Klassen die Rede ist, die – infolge ihrer ökonomischen Lage – notwendig mit falschem Bewusstsein handeln, genügt es in den meisten Fällen, das falsche Bewusstsein der objektiven

Für eine Analyse der Arbeiterbewegung in Deutschland des 21. Jahrhunderts ergeben sich daraus aus unserer Perspektive drei Konsequenzen für ein Verständnis des subjektiven Faktors:

Erstens ergeben sich mit dem Konzept der Zurechnung von Lukács Möglichkeiten, den Handlungsspielraum etwa von Gewerkschaftsfunktionären auszuloten und zu versuchen, diese an den ihrer eigenen Klassenlage möglichen Potenzialen zu messen. Die objektiven Kräfte, die dabei wirken und den Spielraum bestimmen, den einzelne Führungsfunktionäre, aber auch mittlere oder untere Funktionäre haben, ist dabei der erste Schritt. Die materielle Abgehobenheit, die permanente Verhandlungsposition mit ihrem eingebauten Stellvertreterprinzip und die Verbindung zur Sozialdemokratie machen eine Fortführung des Krisenkorporatismus und den Versuch, durch eine Verbetrieblichung und weitere Anpassung auf ein Ende der Angriffe zu hoffen, zur wahrscheinlichsten Reaktion breiter Teile der hauptamtlichen Funktionäre. Einer nüchternen Einschätzung der Gewerkschaftsbürokratie sollte auch die Notwendigkeit, die eigene Position durch den Erhalt bzw. den Ausbau der Organisationsmacht zu sichern, zugrunde liegen. In der Einschätzung etwa eines Gewerkschaftsfunktionärs bedeutet dies, dass der Wunsch nach Stärkung der eigenen Organisationsmacht ihn zu einer Kritik des Stellvertretertums oder der Beförderung von Selbstaktivität bringen kann, aber keinesfalls muss. Ähnliche materielle und organisatorische Einbindungen können also ganz unterschiedliche Handlungsperspektiven hervorbringen. So sind Bertholt Huber (»die spanischen Löhne sind zu hoch«⁵⁴) und Bernd Riexinger (»Wir streiken, so oft wir können.«⁵⁵) beide objektiv gesehen »Gewerkschaftsbürokraten« – Rosa Luxemburg sprach von Gewerkschaftsbeamten – den gleichen bzw. ähnlichen Kräften ausgeliefert, die an ihnen ziehen und ihren Spielraum prägen. Aber die konkrete Politik und Ausformung des Handlungsspielraums ist damit noch nicht bestimmt. Spielräume auszuloten bedeutet andererseits nicht auszublenden, welche Kräfte dieses Spiel bestimmen. Das Potential von kämpferischen Funktionärsfraktionen auszuloten, ist immer wichtig, auch und gerade in Zeiten, in denen es wenig eigenständige Kämpfe und Selbstorganisation gibt. D. h. das Konzept der Zurechnung eröffnet die Möglichkeit, Handlungsspielräume von wichtigen Akteuren zu ermes- sen und auf dieser Grundlage eine eigenständige sozialistische Strategie für die Gewerkschaften zu entwickeln. Es ermöglicht darüber hinaus bei Festhalten an einer materialistischen Theorie der Gewerkschaftsbürokratie deren Verantwortung und tatsächliche Handlungsmöglichkeiten zu betonen und deren eigenen Rückzug auf angebliche politische und ökonomische Sachzwänge kritisch zu hinterfragen.

Zweitens brauchen wir eine konkrete Geschichtsschreibung, die den in Kämpfen der Vergangenheit zum Ausdruck gekommenen Elementen – insbesondere den Höhe- und Wendepunkten – ausrei-

Wirklichkeit des ökonomischen Lebens einfach gegenüberzustellen, um die geschichtliche Lage, den Verlauf des Geschichtsprozesses richtig zu begreifen. (...)Aber bereits das eben angeführte Beispiel kann uns darüber belehren, dass die einfache Gegenüberstellung nicht immer ausreichend ist. Denn auch das falsche Bewusstsein ist in dialektischer und in mechanischer Weise falsch, das heißt es gibt objektive Verhältnisse, die von einer solchen Klasse (gemäß ihrer Klassenlage) unmöglich übersehen werden können, und es gibt innerhalb der selben Verhältnisse Lagen, die erkannt werden können, Lagen, in den es (klassenmäßig) möglich ist, der objektiven Lage entsprechend, bewusst oder unbewusst, richtig zu handeln. Die tatsächlichen Gedanken über solche Lagen jedoch (bei Klassen, Parteien, Führern) treffen nicht immer dieses Richtige, das zu treffen sie klassenmäßig möglich gewesen wäre. Zwischen dem Bewusstsein, das sie tatsächlich über ihre Lage haben und zwischen dem Bewusstsein, das sie – gemäß ihrer Klassenlage – über diese Lage haben könnten, ist ein Abstand vorhanden, den möglichst zu überwinden eben die Aufgabe der Parteien und ihrer Führer ist« (Lukács 1996, S. 22).

⁵⁴ »Die spanischen Gewerkschaften haben ihren Vorteil verspielt, weil sie sich um einen Reallohnenausgleich bemüht haben.« (Bertholt Huber im Manager Forum bei phoenix, http://www.phoenix.de/forum_manager_zu_gast_ig_metall_vorsitzender_bertholt_huber/529407.html, Minute 30-32)

⁵⁵ Transkript einer Rede auf Marx is Muss 2011, Marx 21, veröffentlicht 16.8.2011, <http://marx21.de/content/view/1497/32/>.

chend Raum gibt. Dabei geht es auch darum zu ermessen, welche alternativen Entwicklungen möglich gewesen wären, welche Kräfte versucht haben, alternative Strategien und Organisationsansätze umzusetzen. Gleichzeitig werden die Resultate der Kämpfe – insbesondere auch die Niederlagen der letzten 35 Jahre – dann zu einem Teil des objektiven Kräfteverhältnisses. Sie stehen uns heute als scheinbar objektive, abgeschlossene Prozesse gegenüber. Und tatsächlich prägen sie die Optionen, den potenziellen Mut der Akteure. Denn Mut ist keine angeborene Eigenschaft der Menschen, die man hat oder die man nicht hat, sondern eine, die durch kluges und entschlossenes gemeinsames Handeln von Kollektiven befördert werden kann. Und sie kristallisiert sich objektiv in gesellschaftlichen Institutionen – etwa dem Betriebsverfassungsgesetz oder eingefahrenen Verhaltensweisen wie etwa einer korporatistischen Struktur und dem dazugehörigen gewerkschaftlichen Habitus.

Drittens lässt sich noch ein engerer Begriff vom subjektiven Faktor fassen. Einen Hinweis auf diesen gibt Jan Ole Arps in seinem Buch über linke Fabrikinterventionen in den 1970er Jahren, in dem er beschreibt, wer einen der größten spontanen oder selbständigen Streiks in Deutschland bei Ford in Köln 1973 ausgelöst hat:

Auslösendes Moment des Streiks waren die türkischen Kollegen in der Y-Halle, die sich zu Beginn der Spätschicht weigerten, die durch die Entlassungen entstandene Mehrarbeit zu machen. Ein Türke, seit Jahren an diesem Bandabschnitt und von seinen Kollegen als Kommunist verschrien, sollte zu Beginn der Spätschicht eine zusätzliche Operation übernehmen. Er reagierte, wie schon viele Kollegen in dieser Woche reagiert hatten: er motzte und schrie rum. Schließlich hörte er ganz zu arbeiten auf und schrie: »Kollegen, wie lange sollen wir uns das noch gefallen lassen? Wann tun wir endlich was gegen die Schweinerei?« usw. Es dauerte nur ein paar Minuten, bis die ganze Y-Halle streikte. [...] Nachdem der Zug durch die W-Halle gekommen war, suchte sich ein deutscher Kollege ein Stück Pappe und einen Filzstift und begann, die Forderung nach 60 Pfennig zu malen. Als die umstehenden Türken das sahen, protestierten sie und sagen: »60 Pfennig zu wenig – muss 1 Mark!«⁵⁶

In dieser Passage finden sich aus unserer Sicht zwei klassische Typen dieses engeren Typus des subjektiven Faktors wieder: Die Wildentschlossenen, diejenigen, die wie der türkische Kommunist als erster den Mut aufbringen nicht nur zu motzen, sondern zum Streik aufzurufen. Ohne diese Schicht Mutiger würde es keinen Streik, keinen Protest, keinen Widerstand geben. Weniger prominent ist der andere Typ, der »deutsche Kollege«, der mit dem Filzstift die Forderung aufschreibt. Und doch ist seine Rolle wichtig, die Forderungen der Kollegen zu artikulieren und die beginnende Streikbewegung mit einer linearen Forderung als Teil der Revolte gegen Lohnzurückhaltung zu positionieren. Tatsächlich war dieser Kollege Teil einer Minderheit von linken Aktivisten bei Ford gewesen, die zuvor diskutiert hatten, wie sie in die bevorstehende Tarifrunde intervenieren wollten.

Die Mutigen und die Strategen – diese beiden Ur-Typen betrieblich-gewerkschaftlicher Aktivistinnen und Aktivisten stellen für uns den subjektiven Faktor im engeren Sinne dar, diejenigen, die Widerstand leisten wollen und schon darüber nachdenken, wie sie dies am besten tun. Sie sind es, die für eine antikapitalistische Kritik gewonnen werden können, wenn sie diese nicht sowieso schon selbst theoretisch oder in Teilen entwickelt haben. Und sie sind es, die wesentliche Träger einer Erneuerungsbewegung für die Gewerkschaften sein können. Wir vermuten beide Typen heute in jedem größeren Betrieb.⁵⁷ Diesen beiden ein Angebot von Organisation und Strategie zu bieten,

⁵⁶ Arps, Jan Ole: Frühschicht. Linke Fabrikintervention in den 1970er Jahren. Assoziation A, 240, S.95.

⁵⁷ Während in an deren Ländern diese betrieblichen AktivistInnen auch in der wissenschaftlichen Forschung zur gewerkschaftlichen Erneuerung eine wichtige Rolle spielen, gibt es dazu in der deutschen Forschung zu gewerkschaftlicher Erneuerung kaum aktuelle Untersuchungen.

stellt für uns die Kernaufgabe von Sozialistinnen und Sozialisten in der Gewerkschaftsbewegung dar.

Tony Cliff

Die Unterdrückten

Warum hob Marx die Arbeiterklasse hervor? Es lag nicht daran, daß die Arbeiterklasse so groß gewesen wäre. Als Marx das "Kommunistische Manifest" schrieb, waren England und Belgien die einzigen beiden Länder, wo die industrielle Revolution vollendet worden war.

International war die Arbeiterklasse klein. Heute gibt es in Südkorea mehr Arbeiter als zu Marx' Zeit auf der ganzen Welt. Sogar heute macht die Arbeiterklasse nicht die Mehrheit der Menschheit aus. Die Mehrheit der Weltbevölkerung sind Bauern.

Er konzentrierte sich auf die Arbeiterklasse, weil sie, wegen der kollektiven Situation, in der sie sich befindet, das Subjekt der Geschichte ist. Sie ist keine Kollektion, keine Ansammlung von Menschen, sondern ein Kollektiv von Menschen. Zwischen beidem liegt ein weltweiter Unterschied.

In Rußland waren z.B. die Menschen, die vor 1917 wirklich am meisten litten, keine Arbeiter. Die 40.000 Arbeiter in den Putilow-Rüstungs-Fabriken in Petersburg, die dann die Hochburg des Bolschewismus' bildeten, bekamen Spitzen-Löhne. Die Arbeiter waren kultivierter als die Bauern. Fast 80% von ihnen konnten lesen und schreiben.

Das besondere an ihr war damit nicht das Leid oder die Entbehrung, sondern die Tatsache, daß die Arbeiterklasse ein Kollektiv war.

Aus diesem Grund sprach Marx von den Arbeitern als kollektiver, als universaler Klasse. Sie ist die Klasse, die die Menschheit befreit, indem sie sich selbst befreit, weil die Ketten des Kapitalismus da zerbrochen werden müssen, wo sie angelegt werden.

Wenn man sich die Unterdrückten ansieht, ist da ein Problem: in der Welt gibt es weit mehr unterdrückte Menschen, als es Arbeiter gibt. Da gibt es Tausende von Millionen unterdrückter Frauen. Da gibt es eine massive Anzahl von unterdrückten Schwarzen und Asiaten. Es gibt Millionen unterdrückter Schwuler. Es gibt Millionen unterdrückter Juden. Die Anzahl ist überwältigend.

Bilden sie ein Kollektiv? Nein. Die Unterdrückten schließen sich nicht automatisch zusammen. Das Konzept von einer Regenbogenallianz der Unterdrückten würde keine fünf Minuten im Test des Kampfes überstehen.

Wenn daran irgendjemand zweifelt, sollten wir uns die Wirklichkeit ansehen. So stimmt es z.B. einfach nicht, daß die Juden im Nazi-Deutschland nur von Heterosexuellen angegriffen worden sind. Unter den schlimmsten Antisemiten befanden sich schwule Nazis.

Warum? Weil man in den Begriffen der Nazis als Homosexueller minderwertig war. Wenn man aber eine Lederjacke, Lederstiefel und ein Hakenkreuz trug, fühlte man sich, verglichen mit einem Juden oder einer Frau, nicht unter-, sondern überlegen.

Wenn man sich über das Verhältnis zwischen Frauen und Schwarzen im Unklaren ist, stelle man sich in eine Bus-Schlange. Wenn der Bus 40 Minuten zu spät kommt und der Fahrer ein Schwarzer ist, wird man von diesen Frauen die übelsten rassistischen Kommentare hören.

Diese Frauen lassen es am schwarzen Fahrer aus, daß sie als Individuen schrecklich leiden, weil sie in überbezahlten Wohnungen leben, das Geld vielleicht nicht reicht, ihre Babies sie die ganze Nacht wachhalten, sie nach der Einnahme von Valium immer noch nicht schlafen können usw.

Die Menschen scheinen das für unmöglich zu halten. Sie sagen: „Sie ist unterdrückt, er ist unterdrückt, deshalb werden sie sich zusammen tun.“ Und das stimmt einfach nicht. Es gibt keine Automatik des Zusammenschließens.

Es stimmt noch nicht einmal, daß diejenigen sich zusammenschließen, die unter derselben Art Unterdrückung leiden. Wenn dem so wäre, hätte Marx nicht geschrieben „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“, er hätte geschrieben „Unterdrückte aller Länder vereinigt Euch.“

Für die Arbeiter hat er nie das Wort Unterdrückte benutzt, weil er wußte, daß die zuerst einmal unterschiedlichen Gruppen von Unterdrückten nicht zusammenkommen und sie sich innerhalb der unterdrückten Gruppe nicht verbünden werden.

Ohnmacht

Frauen sind seit Tausenden von Jahren unterdrückt worden. Wer aber denkt, daß es gemeinsame Bande zwischen den Frauen gebe, muß ein Träumer sein. Die Geschichte der Sklaverei zeigt, daß Frauen Sklavenbesitzer von weiblichen Sklaven waren und sie auch gefoltert haben.

Die Geschichte zeigt immer wieder, daß die Frauen getrennt waren, wo sie verschiedenen Klassen angehörten. Man sehe sich die Pariser Kommune an. Die Kommunarden waren phantastische Kämpfer. Der Pariser Korrespondent der „Times“, der über die Kommune schrieb, sagte, sie hätten gewonnen, wenn Paris nur von Frauen voll gewesen wäre. Das war eine Übertreibung, aber die weiblichen Kommunarden haben fantastisch gekämpft. Sie waren großartig.

Die reichen Frauen feierten den Einzug der siegreichen Versailler Truppen, indem sie den Kommunardinnen ihre Schirmspitzen in die Augen stießen.

Die Unterdrückten raufen sich deshalb nicht einfach zusammen, weil sie selber in Klassen geteilt sind. Es stimmt, daß kapitalistische Frauen kapitalistischen Männern nicht gleichgestellt sind. In Großbritannien besitzen Frauen nur 40% der Anteile an britischen Gesellschaften, obwohl die Frauen mehr als 40% der Bevölkerung ausmachen.

Aber die Entfernung zwischen dem Mann, der Anteile besitzt, und der Frau, die Anteile besitzt, ist beileibe nicht so groß wie die Kluft zwischen der Anteile besitzenden Frau und der Millionen Frauen, die gar nichts haben.

Das Schlüsselement im Kampf ist die Machtfrage. Das Bewußtsein steigt nicht, weil sich Menschen zurücklehnen und nachdenken, wie können wir unser Bewußtsein verändern? Menschen verändern sich selbstsicher fühlen, sie fühlen sich kampfbereit. So ändert sich Bewußtsein.

Vor 1917 gab es eine massive Unterdrückung von Juden in Rußland. 1881 war es zu einem Pogrom gegen Juden gekommen, das auf über hunderte von Städten und Dörfern übersprang. Juden war es nicht gestattet, in Moskau oder Petersburg zu wohnen.

1917 änderte sich all das. Der Vorsitzende des Petersburger Sowjets war Trotzki, ein Jude. Der Vorsitzende des Moskauer Sowjets war Kamenew, ein Jude. Der Vorsitzende der Sowjetrepublik war Swerdlow, ein Jude.

Als Trotzki Führer der Roten Armee wurde, wurde er als Vorsitzender des Petersburger Sowjets durch einen anderen Juden ersetzt, Sinowjew.

Die Millionen Menschen, die sie wählten, waren die Söhne und Töchter derjenigen, die an den Pogromen teilgenommen hatten. Sie änderten ihren Standpunkt nicht, indem sie das „Kommunistische Manifest“ lasen, sondern weil sie im Verlauf des Kampfes ein solches Selbstvertrauen entwickelten, daß sie nicht mehr nach Sündenböcken in anderen suchen mußten. Unter solchen Umständen machte es wirklich Sinn, Trotzki zu wählen.

Macht ist der Schlüssel. Ein Gefühl von Selbstvertrauen ist der Schlüssel. Lord Acton hat gesagt, daß „Macht korrumpiert; und absolute Macht korrumpiert absolut.“ Der Spruch sollte lauten: „Macht korrumpiert; und ein Mangel an Macht korrumpiert absolut.“

Es gibt nichts schlimmeres als Unterwürfigkeit. Es gibt nichts besseres als einen Kampf. Ein Kampf bringt Selbstvertrauen. Das traurige daran ist, daß die Unterdrückten kein Machtgefühl erleben können, weil sie nur eine Ansammlung von Individuen sind. Intellektuell und emotional wachsen sie deswegen auch nicht.

Die größte Errungenschaft der Russischen Revolution war nicht der Massenstreik, nicht einmal die Sowjets. Das Größte und Wunderbarste an ihr war das geistige Wachstum der russischen Arbeiter. Ohnmacht gibt einem solchen Wachstum keine Möglichkeit.

Das zeigen zwei Beispiele. Sergej Subatow war in Moskau der Kopf der Okhrana (der zaristischen Geheimpolizei), der entschied, Gewerkschaften zur Unterstützung des Zaren zu organisieren.

Subatow war ein äußerst raffinierter Mann. Er wählte die jüdischen Arbeiter aus, die sich in den Gewerkschaften organisieren sollten.

Er argumentierte, jüdische Arbeiter unterschieden sich von russischen. Die russischen Arbeiter seien Antisemiten - jüdische Arbeiter müßten sich separat organisieren.

Jüdische Arbeiter sprachen darauf an, weil sie den russischen Arbeitern nicht vertrauten. Weil sie nicht alleine sowohl gegen die russischen Arbeiter als auch gegen das zaristische Regime kämpfen konnten, kollaborierten sie schließlich mit dem Regime.

Der Führer auf Seiten der Kollaborateure war ein Mann namens Plehwe, der zu dieser Zeit Innenminister war. In dieser Position befand er sich ebenfalls, als er 1881 die Pogrome gegen Juden organisierte.

Die Tatsache, daß den Juden in den Pogromen schreckliches Leid widerfuhr, machte sie noch nicht zu Anti-Zaristen. Im Gegenteil, wegen ihrer Ohnmacht kollaborierten einige von ihnen mit dem Zaren.

Das andere Beispiel sind die Black Panthers in den USA in den 60er Jahren.

Die Panthers waren höchst mutige Kämpfer. Aber sie standen vor einem einfachen Problem. Schwarze Menschen machen etwa zehn Prozent der US-Bevölkerung aus. Man kann den amerikanischen Kapitalismus nicht mit zehn Prozent der Bevölkerung zerschlagen.

Die Black Panthers kämpften. Viele starben, ermordet vom Staat. Diejenigen, die am Leben blieben, wurden sie wegen ihrer Ohnmacht ins System gewählt.

Die Auswirkung kann man heute sehen. Es gibt in über 200 Städten schwarze Bürgermeister.

Selbst wenn man sich Programme wie "Starsky and Hutch" ansieht, wird der Polizeichef von einem Schwarzen gespielt. Für die überwältigende Mehrheit der Schwarzen bedeutete das jedoch gar nichts.

Eins der traurigsten Bilder gibt heute Eldridge Cleaver ab, der der Theoretiker der Panthers war und sich selbst Marxist nannte. Er erschien in London im Fernsehen und erklärte auf eine Frage, daß er kein Marxist mehr sei, weil er wisse, das Gott existiere, seit seine Frau ihm ein Kind geboren hat.

Auf die Frage, warum er aufgehört habe, Leninist zu sein, antwortete er: „Eines Tages sah ich in die Wolken und erblickte das Bild Lenins. Dann zerstreute sich die Wolke, und ich wußte, der Leninismus ist vergänglich.“

Die wirkliche Erklärung dafür war natürlich ein Mangel an Macht.

Alle im selben Boot

Für Sozialisten stellt sich das Schlüsselproblem relativ einfach dar: das Ausmaß, in dem die Unterdrückten Macht haben, haben sie nur, wo sie mit der ausschlaggebenden Macht der Arbeiterklasse vereint sind. Als Marx sagte, daß die Geschichte der Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen ist, meinte er, daß es eine strategische Position gibt und alles von dieser strategischen Position bestimmt wird.

Das höchste Selbstvertrauen innerhalb der Frauen in Britannien trat in der Aufschwungsphase auf. Die Zeit von 1968 bis 1974 war fantastisch. 1968 traten die Ford-Frauen in Streik. Sie brachten alle Dagenham-Werke zum Erliegen.

1969 erlebten wir den ersten Streik von Lehrern mit, deren Mehrheit aus Frauen bestand. Wir sahen den Streik der Krankenschwester, einen großen, landesweiten Streik.

Frauen machten fantastische Fortschritte zu dieser Zeit. Gleichzeitig machten die Männer Fortschritte. Es war die Zeit der Hafestreiks von 1972 und die der Bergarbeiterstreiks von 72 und 74.

Frauen und Männer marschierten zusammen wie eine große Armee. Als die Armee anfang zu erliegen, erlag jeder. Was wichtiger ist, die Frauen erlagen schneller als die Männer. Sie hatten weniger Macht, daher konnten sie nicht alleine hart bleiben.

Der Kampf kann nicht von einer Sektion allein geführt werden. Wir müssen verstehen, daß wir Teile voneinander sind. Sozialisten müssen die These ablehnen, daß Menschen sich trennen müßten, weil sie verschieden sind.

Marxist zu sein heißt, man muß mit der einfachen Feststellung anfangen, daß es ein Unterschied ist, ob man eine verhungerte Person in Äthiopien ist oder ein alter Rentner in Großbritannien. Und ein alter Rentner in Großbritannien zu sein ist wieder etwas ganz anderes als ein Arbeitsloser in Großbritannien.

Ist man Reformist, glaubt man, es gebe eine Lösung für den Äthiopier, eine für den alten Rentner und eine andere für den Arbeitslosen.

Aber der Kapitalismus verursacht Arbeitslosigkeit, verursacht Hungersnöte in Äthiopien.

Weil alle von uns im selben Boot sitzen (obwohl es im Boot verschiedene Teile und Bedingungen gibt), haben wir keine getrennten Lösungen.

Hundert Wege führen nach Rom, aber es gibt nur ein Rom. Es gibt hunderte von Gründen, warum Menschen Sozialisten sein sollten, aber es gibt nur einen Sozialismus. Deshalb ist die Idee vom Separatismus katastrophal.

Interessenskonflikte

Das Fundament des Separatismus ist leicht zu verstehen. Es gibt einen Interessenskonflikt zwischen uns. Oberflächlich scheint das zu stimmen. Mein Vater hat mir in den 30er Jahren gesagt: „Die Deutschen und die Juden haben einen Interessenskonflikt. Deshalb bin ich Zionist.“

Oberflächlich stimmte das. Die Deutschen töteten die Juden. Die Juden töteten keine Deutschen. Es gab einen Interessenskonflikt.

Die meisten Deutschen glaubten, es gebe einen Interessenskonflikt, weil die vorherrschenden Ideen in der Gesellschaft die Ideen der herrschenden Klasse sind.

Die Mehrheit der Juden glaubte sicherlich, es gebe einen Interessenskonflikt, weil die Deutschen der Feind sind, wenn man von ihnen getötet wird. Das ist völlig offensichtlich. Der Zionismus ist ein natürliches Phänomen.

Die separatistische jüdische sozialistische Organisation in Rußland, der Bund, sagte üblicherweise: „Wir hassen die Russen nicht, aber sie verstehen uns nicht.“ Lenins Antwort darauf war: „Wenn die russischen Arbeiter sich nicht mit euch verbinden können, gibt es keine Hoffnung für den Sozialismus.“

1903, als der Bund die Idee der Autonomie für jüdische Arbeiter vorbrachte, nahm Lenin - in Erwartung, daß man ihm Antisemitismus vorwerfen würde - zehn führende jüdische Revolutionäre, um eine Erklärung gegen die Autonomie herauszugeben.

In Wirklichkeit war bestand Bund aus Zionisten auf einem Schiff, das kein Land hatte, was es anlaufen konnte. Sie akzeptierten die Vorstellungen der Zionisten, nach denen Juden und Nichtjuden einen Interessenskonflikt hatten. Oberflächlich scheint das zu stimmen.

Wenn eine Frau um zwei Uhr morgens aufsteht, um das Baby zu füttern, profitiert dann nicht ganz klar der Mann davon? Das scheint so offensichtlich zu sein. Genau wie mit den Deutschen und den Juden.

Wenn man sich aber diese Vorstellungen näher ansieht, stellt man fest, wie fehlerhaft sie sind.

Protestantische Arbeiter in Nordirland denken, daß es gut für sie ist, wenn sie die Katholiken schlagen. Sonst würden sie es nicht tun. So wird der protestantische Arbeiter auch eher eine Stelle bekommen und auch besser dastehen als der Katholik. Aber derselbe Arbeiter verdient weniger Geld als ein Arbeiter in Birmingham oder Glasgow.

Ein weißer Arbeiter, der in den Südstaaten der USA einen schwarzen Arbeiter tritt, denkt, er profitiert davon, weil er denkt, er verdient mehr als die Schwarzen. Aber im Norden verdienen weiße Arbeiter weitaus mehr (tatsächlich verdienen im Norden sogar die Schwarzen mehr als die Weißen im Süden).

Je niedriger der Lohn der weißen Arbeiter ist, desto niedriger wird auch proportional der Lohn der schwarzen Arbeiter sein. Sowohl weißen wie auch schwarzen Arbeitern geht es besser, wenn es den anderen besser geht, sowohl absolut als auch proportional. Dasselbe trifft auf männliche und weibliche Arbeiter zu.

Das Problem ist, daß die Dinge anders zu sein scheinen. Oberflächlich sehen sie nach einem Konflikt zwischen Arbeitern und Arbeitern aus.

Spaltung im Kampf

Marx tat gut daran, den gesunden Menschenverstand zu hassen, weil der gesunde Menschenverstand in Wahrheit die vorherrschenden Ideen in unserer Gesellschaft sind. Einige Arbeiter sagen: „Der Kapitalist macht großen Profit, und das ist besser, als würde er einen kleinen Profit machen.“ Natürlich weiß jeder, daß es stimmt und deine Stelle sicherer ist. Das ist gesunder Menschenverstand. Daher sollten die Arbeiter sich mit dem Unternehmer zusammentun, um eine Menge Profit zu machen. Das ist logisch.

In George Bernard Shaws „Die heilige Johanna“ sagt einer der Charaktere, es sei offensichtlich, das die Sonne sich um die Erde dreht - man brauche nur die Augen zu benutzen. Wer habe je gesehen, das die Erde sich um die Sonne dreht? Daß sich die Sonne um die Erde dreht, ist gesunder Menschenverstand. Das soll nur die Dummheit des gesunden Menschenverstands zeigen. Auf gleicher Grundlage profitieren Männer von der Frauenunterdrückung. Das scheint offensichtlich zu sein.

Wenn man sich nur die Beziehungen zwischen Individuen ansieht, ist man verloren. Dies ist die liberale Vorstellung von der Gesellschaft. Weil sie die kapitalistischen Vorstellungen akzeptieren, betrachten die Liberalen die Gesellschaft als ein Individuum, noch ein Individuum - wie eine Ansammlung von Individuen.

Marxisten sagen genau das Gegenteil. Ein Individuum wird in eine Klasse geboren. Ein Individuum wird in die Gesellschaft geboren.

Die liberale Analyse ist eine Katastrophe, weil Neid zwischen Individuen aufkommt, die einander nahestehen. Wie, denkt ihr, verkauft die herrschende Klasse ihre Lohnpolitik? Sie sagen: „Diese Gruppe Arbeiter verdient 300 £ die Woche, Du verdienst 80 £. Wäre es nicht fairer, wenn Du mehr auf ihre Kosten bekämost?“ Der Revolutionär sagt: „Der Kapitalist nimmt sich 60% des Kuchens, und dann verteilt er den übriggebliebenen Rest an uns und ermutigt uns, uns darum zu streiten.“

Daher ist das Verhältnis zwischen Mann und Frau in der Arbeiterbewegung folgendes.

Beide leiden unter dem Kapitalismus, beide leben unter schrecklichen Bedingungen. Die Bedingungen der Frau sind noch schlechter als die des Mannes. Der Kapitalismus unterdrückt Frauen noch härter als Männer. Daß die Frauen nach den Kindern sehen muß, ist kein Naturprozeß. Das hat mit

dem Kapitalismus zu tun. Kinder könnten anders aufgezogen werden, wenn wir Kindertagesstätten hätten, Restaurants, Wäschereien, die die Gemeinde zur Verfügung stellen würde.

All das haben wir heute nicht - nicht wegen der menschlichen Natur, sondern wegen der Kosten für den Kapitalisten. Er will den Profit auf billige Weise machen. Was eignet sich in diesem Fall besser, als zu behaupten, der Platz der Frau sei in der Küche, der des Mannes in der Fabrik?

Das läßt den individuellen Mann wie den Gefängniswärter aussehen, aber nicht der Mann ist der Wärter, es ist der Kapitalismus.

Wenn ich in einem scheußlich dreckigen Zug reise, werde ich als weißer Mann im Kapitalismus immer einen Platz am Fenster haben. Die Frau, der Schwarze oder wer auch immer wird weit weg vom Fenster sitzen, unter noch schlimmeren Bedingungen als ich.

Das wirkliche Problem aber ist der Zug. Wir müssen alle im selben Zug ausharren. Wir haben keine Kontrolle über den Fahrer, der uns alle mit in den Abgrund nimmt.

Warum erinnert uns die herrschende Klasse ständig an diese Unterschiede? Weil sie unsere Aufmerksamkeit weg lenken will vom Hauptproblem: Klassenverhältnisse.

In einem fort wird uns gesagt, wir sollten uns den persönlichen Verhältnissen zuwenden, zur Auseinandersetzung zwischen einer Sektion und einer anderen. Deshalb sollten Sozialisten solche Vorstellungen, wie die, daß der Feind des Ungelernten der Gelernte ist, der Feind der Frau der Mann oder umgekehrt, verabscheuen.

Daß die Bewegungen der Unterdrückten sich in einem solchen Niedergang befinden, kommt nicht überraschend. Die Frauenbewegung, wie die Schwarzenbewegung in den Vereinigten Staaten, stiegen Ende der 60er auf wie eine Rakete und fielen zu Boden wie ein Stock.

Erklären kann man das nur, wenn solche Bewegungen mit dem Niveau des Klassenkampfes verbunden werden.

Die Jahre der späten 60er und Anfang der 70er haben wichtige industrielle Siege miterlebt. Sie erlebten 1967 auch den Abortion Act, 1973 die kostenlose Empfängnisverhütung und 1974 die kostenlose Empfängnisverhütung für Menschen unter 16.

Dann kam der Anfang des Niederganges. 1975 hatten wir James White, 1977 William Benyon, 1979 John Corie - sie alle versuchten das Recht auf Abtreibung anzugreifen.

Der Wages Council wurde abgeschafft, was hauptsächlich eine Attacke auf die Frauen war, die die ungeheure Mehrheit der Niedriglöhner bilden. Wir standen vor massiven Angriffen auf das NHS (nationale Gesundheitssystem), was sich wieder hauptsächlich gegen Frauen richtete.

Dann sahen wir die Angriffe von Gillick und Powell auf die Empfängnisverhütung. 1975 waren 40.000 auf einer NAC-Demonstration, Männer und Frauen. 1979 demonstrierten 80.000. Dann kam 1985 (die Anti-Gillick-Demonstration). Nur 3.000 kamen.

In der ersten Phase drehte sich der Kampf um kollektive Forderungen, wie Abtreibung oder gleiche Bezahlung. Die vergangenen acht oder neun Jahre drehte sich der Kampf nicht um kollektive, sondern um unterschiedliche Forderungen.

Viel öfter sah man sich nun individuelle Verhältnisse an, gestiegenes Bewußtsein und persönliche Beziehungen: Sind Menschen gehässig, sind sie sexistisch - als ob das das Problem wäre.

Die Bewegung, die sich nun individuellen Lösungen zuwandte, hat sich als Resultat zerspalten.

Der Haß verschiedener Frauengruppen aufeinander erreichte erschreckende Höhepunkte: "Politische Lesben gegen Heterosexuelle" usw. Eine amerikanische Feministin faßte die Situation so zusammen: „Frauensolidarität ist mächtig. Sie tötet Schwestern.“ Was Marx zur Konkurrenz und zum Individualismus der Kapitalisten schreibt, trifft genauso gut auf die Reste der feministischen Bewegung zu. Er beschrieb die Kapitalisten als „Bande verfeindeter Brüder“. Gegen die Arbeiter sind sie vereint, aber hassen sie einander. Die Feministinnen heute sind eine Bande feindlicher Schwestern.

Wenn wir über kollektive Aktion reden, ist die Klasse der Schlüssel. Die Klasse kann es sich nicht leisten zu sagen, der Feind sei in den eigenen Reihen.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Oft fragen Menschen, warum sich die SWP so sehr mit der Frage beschäftigt "Profitieren männliche Arbeiter von der Frauenunterdrückung?" Ich glaube, es kann keine Einheit zwischen Männern und Frauen geben, wenn Männer von der Unterdrückung der Frauen profitieren. Wenn Weiße von der Unterdrückung der Schwarzen profitieren, kann es niemals zu einer schwarzweißen Einheit kommen - außer man glaubt Kinnocks Idee, nach der Nächstenliebe und Barmherzigkeit alles ist, was wir brauchen. Danach sollen die Besitzenden aus Moral und Gefühlen auf die Habenichtse achten.

Als Marx sagte: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“, meinte er, daß es im Interesse der britischen Arbeiter liegt, daß die indischen Arbeiter gewinnen. Es liegt im Interesse der indischen Arbeiter, wenn die britischen Arbeiter gewinnen.

Sobald wir das Argument vom "Vorteil des Mannes" oder dem "Vorteil des Weißen" akzeptieren, zerbrechen wir die Einheit der Klasse völlig.

Die kapitalistische Klasse vereint die Arbeiter genauso, wie sie sie spaltet. Tatsächlich überlebt sie so. Jedes Zugeständnis an diese Uneinigkeit ist eine Katastrophe.

Die Person, die ich am meisten verabscheue, ist der Agnostiker. Ich verstehe Atheisten (ich bin ein Atheist). Ich verstehe auch jemanden, der religiös ist. Derjenige, der behauptet Agnostiker zu sein, ist ein verdammter Heuchler. Zur Frage der Vorteile sollte man keine weiche Haltung einnehmen. Ich ziehe Menschen vor, die falsch liegen, als welche, die „vielleicht ja, vielleicht nein“ sagen.

Es ist sehr wichtig, daß Arbeiter sich mit den Unterdrückten identifizieren. Aber wie machen wir das? Lenin drückte es fantastisch in einer Broschüre aus, die "An die Armen auf dem Land" heißt.

Er fängt an zu sagen, vielleicht bist Du einmal in einer Stadt gewesen. Wenn nicht, ist Dein Vater in einer Stadt gewesen, Dein Onkel ist in einer Stadt gewesen, Dein Bruder ist in einer Stadt gewesen (Lenin war sehr geduldig - er ging durch die ganze Bevölkerung), Dein Freund ist in einer Stadt gewesen. Und was konnte man sehen? Die Arbeiter waren im Streik.

Mit anderen Worten, er legte Nachdruck auf kollektive Aktion. Als es Pogrome in Rußland gab, was hoben die Bolschewiki hervor? Wir brauchen die großen Fabriken als kollektive Macht, um die Pogrome zu stoppen.

Die Arbeiterklasse - Führerin aller Unterdrückter

Wir brauchen kollektive Macht. Das ist die Schlußfolgerung. Die revolutionäre Partei ist die Verallgemeinerung der Klasse, weil wir an die Einheit der Klasse glauben, weil wir glauben, daß die Klasse ungleich, daß sie gespalten ist.

Wenn Du daher ein Schwuler in der revolutionären Partei bist, verteidigst Du Schwule; wenn Du nicht schwul bist, verteidigst Du die Schwulen auch.

Als die National Front 1977 ein Flugblatt herausgegeben hatte, in dem stand, daß der Führer der SWP, Tony Cliff, ein Jude ist, haben wir kein Kontra-Flugblatt herausgegeben, das sagte: „Ja, aber der Rest des Zentralkomitees ist nicht jüdisch“, obwohl die Mehrheit des Zentralkomitees Nichtjuden sind. Wir sagten: „Wir sind alle Juden.“ Wenn Schwarze angegriffen werden, sind wir alle Schwarze; werden Frauen angegriffen, sind wir alle Frauen; werden Schwule angegriffen, sind wir alle Schwule.

Mit unserer Organisationsform werden wir dem Separatismus niemals Zugeständnisse machen. Ich will erläutern, was das heißt.

Die bolschewistische Partei hatte eine Frauenzeitung. Ich hoffe, auch wir werden einmal eine Frauenzeitung haben. Die Redaktion dieser Frauenzeitung bestand aus: Armand, einer Frau, Krupskaya,

einer Frau, und Bucharin, einem Mann. Auf der Frauenkonferenz 1916 in Bern war Lenin der ausschlaggebende bolschewistische Führer.

Trotzki war der Führer der Bolschewiki im Arbeitersowjet. Der Sowjet wurde von Delegierten der Fabriken gebildet. Trotzki hat in seinem ganzen Leben nie an einer Maschine gestanden, nun war er Delegierter. Warum? Weil wir eine Klasse repräsentieren.

Vergleichen wir das mit dem schrecklichen Sowjet 1918 in Berlin. Rosa Luxemburg wurde nicht in den Sowjet gelassen, weil sie kein Arbeiter war. Karl Liebknecht wurde nicht in den Sowjet gelassen. Diese Menschen haben Jahre im Gefängnis zugebracht. Sie haben jahrelang gekämpft, als die Leute sich plötzlich umdrehten und sagten: „Ihr seid keine Arbeiter, ihr kommt nicht rein.“

Wir glauben an die Einheit der Klasse, und es macht überhaupt keinen Unterschied, wer es ist.

Es ist gar keine Frage, eines Tages werden wir eine Punjab-Zeitung in Britannien haben, eine Urdu-Zeitung, eine bengalische Zeitung, wir werden eine Frauenzeitung haben.

Sobald man eine massive Bewegung hat, ist es absolut notwendig, über verschiedensprachige Zeitungen zu verfügen, um die besonderen Umstände zu treffen.

Das bedeutet nicht, hier herrscht Separatismus vor, der kommt durch die Arbeitsteilung. Es existiert eine Politik, eine Führung, eine Organisation. Die ganze Sache ist demokratisch zentralistisch.

Die ganze Idee des demokratischen Zentralismus ist, man überwindet die Tendenz, sich von der Einheit zu lösen. Und die Tendenz existiert fortwährend.

Die einzige Weise, auf die Unterdrückte befreit werden können, ist unter Führung der Arbeiterklasse. Weder Marx noch Lenin sprachen von der Einheit der Unterdrückten. Sie sagten: Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch, Ihr seid die Führung aller Unterdrückten.



Anmeldungen unter: <http://marxismuss.de/>